

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

## INHALT:

<b>GI Aktuell</b>	Seite 184
<b>GI Leitsätze</b>	Seite 184, 204
<b>Steuerberaterhaftung</b> Verjährung gem. § 68 StBerG / Fristversäumnis und Verjährungsbeginn / Verjährungshemmung, Stillhalteabkommen (OLG Karlsruhe, Urt. v. 3.9.1997 - 1 U 60/97)	Seite 185
<b>Rechtsberatung durch Wirtschaftsprüfer,                      Art. 1 § 5 RBerG</b> Wirtschaftsberatung / Prüfung und Änderung von Gesellschaftsverträgen (OLG Koblenz, Urt. v. 28.10.1997 - 4 U 759/97)	Seite 188
<b>Berufsverbot</b> Berufshaftpflichtversicherung, § 51 BRAO / Geringes Einkommen (BGH, Beschl. v. 18.11.1996 - AnwZ [B] 25/96)	Seite 190
<b>Fristenkontrolle</b> Doppelte Kontrolle / Fristüberwachung durch RA (BGH, Urt. v. 30.4.1998 - VII ZB 5/97)	Seite 191
<b>Versicherungsschutz</b> Versichererwechsel / Angaben im Antrag zu „Zahl der Schäden“ / Anlaß zur Rückfrage beim Antragsteller (KG, Urt. v. 16.9.1997 - 6 U 7835/95)	Seite 194
<b>Steuerberaterhaftung</b> Bilanzierungsfehler, Rechnungsabgrenzungsposten / Forfaitierung / Schaden / Einwand rechtmäßigen Alternativ- verhaltens (OLG Düsseldorf, Urt. v. 17.4.1997 - 13 U 107/94)	Seite 198
<b>GI Hinweis</b>	Seite 205



## GI Aktuell

### Fragen des Bundesfinanzhofs (BFH) zur Verfassungsmäßigkeit der Pflicht des privaten Arbeitgebers zur Auszahlung des Kindergeldes

Die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs durch das Jahressteuergesetz 1996 enthält als wesentliches Element die Verpflichtung der privaten Arbeitgeber, das Kindergeld – nach Maßgabe der Kindergeldbescheinigungen der Familienkassen – zusammen mit dem Arbeitslohn an die Arbeitnehmer auszuzahlen (§ 73 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes – EStG). Ob diese entschädigungslose Inanspruchnahme der privaten Arbeitgeber mit dem Grundgesetz im Einklang steht, ist umstritten. Im Schrifttum wird die Regelung überwiegend als Verletzung des Eigentumsrechts und der Berufsfreiheit der Arbeitgeber angesehen, während die bisher mit der Frage befaßten Finanzgerichte die Auszahlungspflicht für verfassungsgemäß halten.

Dem VI. Senat des BFH liegen mehrere Revisionen vor, mit denen Arbeitgeber die Feststellung begehren, daß sie nicht zur Auszahlung des Kindergeldes verpflichtet seien. Der Senat hat in einer ersten Prüfung der Rechtslage Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des § 73 EStG nicht von der Hand weisen können. Er hat das Bundesministerium der Finanzen aufgefordert, den Verfahren beizutreten und zu der grundlegenden Rechtsfrage Stellung zu nehmen (Beschlüsse vom 26.5.1998 – VI R 53/97 und VI R 58/97).

Dabei hat der BFH u.a. darauf hingewiesen, daß die Mehrzahl der privaten Arbeitgeber von der für kleinere Betriebe bestehenden Möglichkeit Gebrauch gemacht habe, sich von der Auszahlungspflicht befreien zu lassen, und daß sich deshalb für die größeren Betriebe, für die diese Möglichkeit nicht besteht, die Frage der Verletzung des **allgemeinen Gleichheitssatzes** stelle. Ferner hat er daran erinnert, daß eine Gesetzesänderung im Bereich des steuerlichen Verfahrensrechts kürzlich damit begründet worden sei, anderenfalls entstünde den **Finanzämtern ein Mehrbedarf von 500 Arbeitskräften**. Vor diesem Hintergrund sei zu fragen, wie die Belastung der privaten Arbeitgeber durch die entschädigungslose Pflicht zur Auszahlung des Kindergeldes zu rechtfertigen sei. Außerdem wird nach **Untersuchungen über die Belastung der Arbeitgeber gefragt** sowie die ohnehin erforderliche Ausstellung der Kindergeldbescheinigungen durch die Familienkassen angesprochen. (Pressemitteilung d. BFH v. 9.7.1998)

## GI Leitsätze

### Werbeverbot/Informationsveranstaltung in den Praxisräumen/Ankündigung der Vortragsveranstaltung in der Presse

1. Einem Steuerberater ist das unaufgeforderte Anbieten der eigenen Dienste oder der Dienste Dritter zur geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen erlaubt, soweit die Angaben berufsbezogen, sachlich richtig, objektiv nachprüfbar und nicht irreführend sind.

Unzulässig ist ein reklamehaftes Anpreisen oder die Verwendung von Werbemethoden, wie sie in der gewerblichen Wirtschaft üblich sind, und die auf die Erteilung eines Auftrags im Einzelfall gerichtete Mandatierungswerbung.

2. Die gelegentliche Durchführung von Informationsveranstaltungen für einen begrenzten Zuhörerkreis unterliegt nicht dem Verbot gewerblicher Betätigung gem. § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG. Derartige Veranstaltungen dürfen auch in den Räumen der beruflichen Niederlassung stattfinden.

3. Die Ankündigung der Vortragsveranstaltung in einer Zeitungsanzeige unter Nennung des Namens und der Berufsbezeichnung des Vortragenden ist zulässig. Derartige Anzeigen müssen nach Form und Inhalt sachlich und dürfen nicht auf die Erteilung eines Auftrags im Einzelfall gerichtet sein. Auf den Inhalt und die Aufmachung der weiteren auf der entsprechenden Seite der Zeitung platzierten Anzeigen kommt es jedenfalls dann nicht an, wenn der Berufsangehörige darauf keinen Einfluß hat. (BGH, Urt. v. 15.12.1997 – Stb St [R] 5/97, WPK-Mitt. 1998, 164)

### Rechtsberatung durch Wirtschaftsprüfer, Art. 1 § 5 RBerG/Wirtschaftsberatung/Rückübertragungsansprüche

Die Tatsache allein, daß Wirtschaftsberater mit sonstigen Prüfungsaufgaben und Beratungstätigkeiten befaßt sind, genügt nicht, um die Übernahme einer rechtlichen Beratung, wie es die Vertretung eines Mandanten bei der Durchsetzung von Rückübertragungsansprüchen ist, zu rechtfertigen.

(LG Dresden, Urt. v. 21.1.1997 – 41 O 680/97, AnwBl 1998, 221)

## Steuerberaterhaftung

- Verjährung gem. § 68 StBerG
- Fristversäumnis und Verjährungsbeginn
- Verjährungshemmung, Stillhalteabkommen  
(OLG Karlsruhe, Urt. v. 3.9.1997 – 1 U 60/97)

### Leitsätze (d. Red.):

1. Wird der Einspruch gegen einen Steuerbescheid versäumt, beginnt die Verjährung des Schadenersatzanspruchs mit Eintritt der Bestandskraft des Bescheides.
2. Ein Rechtsstreit mit dem Finanzamt ändert an diesem Fristbeginn nichts.
3. Eine Verjährungshemmung tritt ein, wenn die Parteien einverständlich die Entscheidung eines Vorprozesses abwarten wollen.

### Zum Sachverhalt:

Die Kläger nehmen die beklagte Steuerberatungsgesellschaft auf Schadenersatz in Anspruch.

Die Kläger beauftragten die Beklagte unter anderem mit der Vorbereitung und Erstellung ihrer Einkommensteuererklärungen für die Kalenderjahre 1973 – 1991. Der Erstkläger führte 1974 und 1975 einen Kunststoff-Fensterbaubetrieb mit Gewinn, erlitt jedoch daneben erhebliche Verluste, weil sein landwirtschaftliches Gut in Paraguay 1974 mit – 52.774,64 DM und 1975 mit – 92.026,18 DM abschloß. Auch in den Folgejahren ergaben sich aus dieser Estancia Verluste, weshalb das Finanzamt H. den Betrieb als „Liebhaberbetrieb“ einstufte. Die zunächst unter Vorbehalt der Nachprüfung ergangenen Steuerbescheide für 1974 und 1975 wurden mit Bescheid vom 10.11.1982 dahingehend geändert, daß der Vorbehalt entfiel und die Verluste damit nicht abzugsfähig blieben.

Die Kläger beauftragten die Beklagte damit, gegen diesen Bescheid Einspruch einzulegen. Der bei der Beklagten zuständige Steuerberater versäumte jedoch die Einspruchsfrist; seinen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wies das Finanzamt wegen „Organisationsverschuldens“ zurück, so daß der Steuerbescheid am 13.12.1982 bestandskräftig wurde.

Die Kläger nahmen die Beklagte auf Schadenersatz in Anspruch. Mit Schreiben vom 23.12.1983 verwies die Beklagte darauf, daß den Klägern ein Schaden nur entstanden sei, falls

die Verluste aus dem paraguayischen Gut steuerrechtlich abzugsfähig seien. Sie schrieb unter anderem an die Kläger:

„Die Hauptfrage jedoch ist noch nicht entschieden. Es geht um die Anerkennung der Verluste in Paraguay. Solange diese Rechtsfrage vor dem Finanzamt für die Jahre 1976 bis 1978 nicht definitiv zu Ihren Ungunsten entschieden ist, solange Sie nicht sämtliche Rechtsmittel in dieser Angelegenheit nicht ausgenutzt haben, können wir einen Schaden nicht anerkennen.“

In der Folgezeit führten die Kläger einen Finanzrechtsstreit, der nach nahezu zehn Jahren auf Anraten des Finanzgerichts Baden-Württemberg am 21.7.1994 vergleichsweise beendet werden konnte. Das Finanzamt H. erkannte unter anderem die „Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft“ als abzugsfähig an, berücksichtigte aber die Verluste für 1974 und 1975 nicht, weil die dazu ergangenen Steuerbescheide bestandskräftig geworden waren.

Am 28.11.1994 forderten die Kläger die Beklagte zur Begleichung des entstandenen Schadens auf. Neben einer Einkommensteuermehrbelastung von 70.206,88 DM machten die Kläger „entgangene Prozeßzinsen auf die Erstattungsbeträge“ vom 1.1.1984 bis 21.7.1994 in Höhe von monatlich 0,5 %, insgesamt 44.200 DM geltend.

Die Beklagte erhebt die Einrede der Verjährung.

Die Kläger sind der Ansicht gewesen, ihr Schadenersatzanspruch sei nicht verjährt, da die Verjährungsfrist erst beginne, wenn ein Schaden entstanden sei; dies sei erst mit Abschluß des Vergleichs vom 21.7.1994 der Fall gewesen. Außerdem sei es der Beklagten nach Treu und Glauben verwehrt, sich auf die Einrede der Verjährung zu berufen, da sie mit ihrem Schreiben vom 23.12.1983 den Eindruck erweckt habe, das Anerkenntnis des Schadenersatzanspruchs sei nur von der gerichtlichen Klärung der Rechtsfrage abhängig, ob die Verluste aus dem paraguayischen Betrieb steuerlich zu berücksichtigen seien.

Die Beklagte ist der Klage entgegengetreten und hat gemeint, die Kläger hätten schon längst eine Feststellungsklage erheben können; außerdem beginne in solchen Fällen die Verjährungsfrist bereits mit Bestandskraft des Steuerbescheids. Die Beklagte hat behauptet, wegen der Regelungen im Vergleich könnten die Kläger „Aussetzungszinsen“ nicht als Schaden geltend machen.

Das Landgericht hat nach Teilklagerücknahme in Höhe von 1.758 DM nebst darauf entfallenden Verzugszinsen die Beklagte zur Zahlung von 112.648,88 DM nebst 4 % Zinsen verurteilt und dabei der Beklagten nach Treu und Glauben versagt, sich auf die Verjährung zu berufen. Wegen der Einzelheiten der Entscheidungsgründe wird auf das Urteil vom 12.2.1997 Bezug genommen.

Gegen dieses Urteil hat die Beklagte Berufung eingelegt. Sie vertieft ihr erstinstanzliches Vorbringen und behauptet, sie habe im Dezember 1983 die Haftung schon etwa zwei Jahre vor Ablauf der Verjährungsfrist abgelehnt; schon aufgrund dieses Zeitablaufs könne daraus nicht geschlossen werden, daß die Verjährungseinrede später nicht erhoben würde. Vor allem aber hätten die Kläger nicht „alsbald“ nach Klärung der strittigen Rechtsfrage durch Vergleich vom 21.7.1994 Klage erhoben, sondern damit etwa 1 3/4 Jahre zugewartet. Dann aber sei es der Beklagten nicht verwehrt, sich auf die Verjährung des Schadenersatzanspruchs zu berufen.

(Anträge ...)

#### Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Beklagten ist nur insoweit begründet, als im angefochtenen Urteil nicht berücksichtigt ist, daß die „entgangenen Prozeßzinsen“ nicht mehr aus 70.206,88 DM, sondern aus der nach Teilklagerücknahme verbliebenen Einkommensteuermehrbelastung von 68.448,88 DM zu berechnen sind.

1. Zwischen den Parteien ist unstreitig, daß ein Mitarbeiter der Beklagten gegen den Bescheid vom 10.11.1982, mit dem die Einkommensteuerbescheide für die Jahre 1974 und 1975 für vorbehaltlos erklärt worden waren, weisungswidrig nicht Einspruch einlegte. Infolge Bestandskraft konnten deshalb die anzuerkennenden Verluste aus dem Landgut des Erstklägers in Paraguay in diesen Jahren nicht mehr berücksichtigt werden, so daß die Kläger eine um 68.448,88 DM zu hohe Steuerschuld traf. In diesem Verhalten liegt eine positive Forderungsverletzung des Steuerberatervertrages, für welchen die Beklagte nach § 278 BGB einzustehen hat.

Trotz des Bestreitens der Beklagten im Schriftsatz vom 20.8.1997 ist davon auszugehen, daß die Verluste aus dem Landgut voll zur Anrechnung gekommen wären. Dafür spricht der klare

Wortlaut des Vergleichs. Dies ist auch bis kurz vor dem Termin zur Berufungsverhandlung völlig unstreitig gewesen, so daß dieser Sachvortrag im Schriftsatz vom 20.8.1997 verspätet und damit zurückzuweisen ist (§§ 527, 296 I bzw. § 528 I ZPO).

2. Neben der Einkommensteuermehrbelastung in den Kalenderjahren 1974/1975 steht den Klägern auch ein Anspruch auf Ersatz entgangener Prozeßzinsen in Höhe von 43.122,79 DM zu (68.448,88 DM x 0,5 % x 126 Monate).

a) Hätte die Beklagte gegen den Steuerbescheid vom 10.11.1982 für die Kläger Einspruch eingelegt, wären im Vergleich vom 21.7.1994 auch die Verluste in den Kalenderjahren 1974 und 1975 berücksichtigt worden. Dann hätte das Finanzamt H. auch die auf diese Zeit entfallenden Steuerbescheide abzuändern gehabt. Dies hätte nach § 236 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. Abs. 1 AO dazu geführt, daß die Kläger die bereits bezahlte Steuerschuld in beantragter Höhe verzinst bekommen hätten. Diese den Klägern entgangenen Habenzinsen sind nach § 249 Satz 1 BGB zu ersetzen.

Die Ausnahmenvorschrift des § 236 Abs. 3 AO i.V.m. § 137 Satz 1 FGO ist nicht einschlägig, da die Kläger nicht „aufgrund verspätet vortragener Tatsachen“ im Finanzrechtsstreit obsiegten.

b) Der Vergleich enthielt keine § 236 Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. Abs. 1 AO abdingende Regelung. Hinsichtlich der Zinsverbindlichkeiten ist dort nur vereinbart, daß Aussetzungszinsen zur Einkommensteuer 1976 – 1978 vom Finanzamt erlassen werden; dies sind keine „Prozeßzinsen auf Erstattungsbeträge“. Im schriftlichen Vergleichsvorschlag des Berichterstatters vom 27.5.1993 und im Vergleichstext selbst wurde die Frage, ob den Klägern für die übrigen Zeiträume Zinsen auf Erstattungsbeträge zustehen, nicht geregelt. Demnach verbleibt es bei der gesetzlichen Bestimmung des § 236 AO.

3. Der Schadenersatzanspruch ist nicht nach § 68 StBG verjährt, so daß die Beklagte trotz erhobener **Verjährungseinrede** die Erfüllung der Schadenersatzverpflichtung nicht verweigern kann (§ 222 Abs. 1 BGB).

a) Wie das Landgericht H. in der angefochtenen Entscheidung zurecht darlegt, beginnt die dreijährige Verjährungsfrist nach § 68 StBG mit Entstehung des Schadenersatzanspruchs, also

wenn die zum Ersatz verpflichtende Handlung begangen ist, sich die Vermögenslage des Mandanten dadurch verschlechtert hat und der dadurch verursachte Ersatzanspruch im Sinne von § 209 BGB klageweise geltend gemacht werden kann (BGHZ 100, 228, 232; BGH, WM 1986, 940). **Zur Erhebung einer Feststellungsklage sind die Geschädigten bereits dann in der Lage, wenn der Schaden dem Grunde nach wahrscheinlich gegeben ist** (BGHZ 100, 228, 230).

Hat ein Steuerberater gegen einen Steuerbescheid pflichtwidrig keinen Einspruch eingelegt, so beginnt die Verjährung des Schadenersatzanspruchs **mit Eintritt der Bestandskraft dieses Bescheids** (BGH, MDR 1997, 102; OLG Düsseldorf, GI 1994, 173; Gehre, Kommentar zum StBG, 2. Aufl., § 68 Rdnr. 7). Spätestens dann ist dem Mandanten zuzumuten, seinen Ersatzanspruch mit der Feststellungsklage geltend zu machen. Ihm ist nämlich bereits ein Schaden entstanden, weil sich seine Vermögenslage dadurch verschlechtert hat, daß die Steuerbehörde den Steueranspruch bestandskräftig gegen ihn konkretisiert hat (BGH, GI 1995, 171). In diesem Fall hat nach der „Lehre vom Passivschaden“ (vgl. Peter/Charlier, Kommentar zum StBG, 3. Aufl., § 68 Rdnr. 31) eine Vermögensminderung stattgefunden, die in der Belastung mit einer Steuerverbindlichkeit besteht.

Dem steht nicht entgegen, daß die Kläger bis zum Vergleichsabschluß im Juli 1994 mit dem Finanzamt in gerichtlicher Auseinandersetzung standen und eventuell hoffen konnten, die Steuer mehrbelastung abzuwenden oder zu mindern. **Der bereits in Form der Belastung mit einer Verbindlichkeit entstandene Schaden wurde nämlich durch den Vergleich nur in voller Deutlichkeit für die Kläger sichtbar und hat sich dadurch weiter konkretisiert** (OLG Celle, DStR 1978, 683).

Demnach wäre der Schadenersatzanspruch der Kläger drei Jahre nach Ablauf der Rechtsbehelfsfrist gegen den Bescheid vom 10.11.1982 und damit am 13.12.1985 verjährt gewesen.

**b) Die Verjährung war jedoch aus rechtlichen Gründen gehemmt** (§§ 202 Abs. 1, 205 BGB). Das Schreiben der Beklagten vom 23.12.1983 enthielt nämlich das Angebot auf Abschluß eines Stillhalteabkommens (*pactum de non petendo*), das die Kläger in der Folgezeit konkludent annahmen. **Ein solches Stillhalteabkommen liegt vor, wenn Mandant und Steuerberater vereinbaren, den Schadenersatzanspruch**

**einstweilen nicht geltend zu machen** (vgl. BGH, NJW 1973, 316; NJW 1990, 1231, 1232). Dafür genügt nicht bereits die Erklärung des Steuerberaters, er werde den Anspruch prüfen und bitte um Geduld; es ist vielmehr erforderlich, daß die Parteien einverständlich ein bestimmtes Ereignis abwarten wollen, etwa aus der Inanspruchnahme eines Dritten auf Ersatz (vgl. zum *pactum de non petendo* bei der Steuerberaterhaftung: Peter/Charlier, Kommentar zum StBG, 3. Aufl., § 68 Rdnr. 91). **So liegt ein Stillhalteabkommen insbesondere dann vor, wenn die Parteien einverständlich die Entscheidung eines Vorprozesses abwarten wollen** (BGH, NJW 1993, 1320, 1323 = GI 1993, 163).

Diese Voraussetzungen liegen hier vor: Die Beklagte verband ihre Antwort auf das klägerische Zahlungsverlangen mit dem rechtlich zutreffenden Hinweis, „die Hauptfrage“ sei „noch nicht entschieden“; sie erklärte aber darüber hinaus, sie könne den Schadenersatzanspruch der Kläger „nicht **anerkennen**“, solange diese Rechtsfrage nicht „von dem Finanzamt definitiv“ zu Ungunsten der Kläger entschieden sei und die Kläger nicht „**sämtliche Rechtsmittel ausgenutzt**“ hätten. Diese Erklärung konnten und durften die Kläger nur so verstehen (§ 133 BGB), daß die Beklagte anbot, das Schadenersatzverlangen zurückzustellen, bis die „Hauptfrage“ rechtsverbindlich abgeklärt ist. Bis dahin sollte den Beklagten ein Leistungsverweigerungsrecht zustehen.

Wie dargelegt war den Klägern bereits im Dezember 1983 ein Vermögensschaden entstanden. Sie hatten gegen die Beklagte bereits einen Schadenersatzanspruch auf Freihaltung von der steuerrechtlichen Verbindlichkeit (§ 249 Satz 1 BGB). Diesen Anspruch wollte die Beklagte damals noch nicht erfüllen und wollte deshalb erreichen, daß die Kläger bis zum Abschluß des finanzgerichtlichen Verfahrens stillhielten. Dieses Angebot akzeptierten die Kläger, denn sie kamen bis zum Abschluß dieses Verfahrens nicht mehr auf die Beklagte oder deren Haftpflichtversicherung zu.

Darin liegt eine Bestätigung des Annahmewillens, auf deren Zugang die Beklagte nach § 151 BGB verzichtet hatte; sie erfuhr davon, in dem sie über Jahre hinweg nicht mit dem Schadenersatzverlangen konfrontiert wurde. Dieser Verzicht ergibt sich aus den Umständen im Zusammenhang mit dem Schreiben vom 23.12.1983. Den Beklagten kam es nämlich vor allem darauf an, bis zum Abschluß des Vorprozesses ein Leistungs-

verweigerungsrecht zu erhalten; sie legten keinen Wert darauf, daß die Kläger ausdrücklich erklärten, ihr stehe ein solches Recht zu.

**Die Beklagte als Steuerberatergesellschaft wußte bei Abgabe ihres Angebots auch, daß die „Ausnutzung sämtlicher Rechtsmittel“ in dieser Angelegenheit Jahre dauern würde und bis dahin die im Dezember 1983 noch etwa zwei Jahre laufende Verjährungsfrist längst abgelaufen sein würde.** Auch diese Kenntnis spricht für die Auslegung ihres Schreibens vom 23.12.1983 als Angebot auf Abschluß eines Stillhalteabkommens.

c) Die Verjährung war durch das Stillhalteabkommen vom 24.12.1983 bis 21.7.1994 aus Rechtsgründen gehemmt, so daß **dieser Zeitraum in die Verjährungsfrist nicht eingerechnet wird (§ 205 BGB). Die Verjährungsfrist lief somit ab 22.7.1994 weiter und wäre am 11.7.1996 abgelaufen gewesen.** Die Erhebung der Schadenersatzklage am 17.5.1996 (§ 270 Abs. 3 ZPO) hat ihren Ablauf unterbrochen (§ 209 Abs. 1 BGB). Der Schadenersatzanspruch ist nicht verjährt.

## Rechtsberatung durch Wirtschaftsprüfer, Art. 1 § 5 RBerG

- Wirtschaftsberatung
  - Prüfung und Änderung von Gesellschaftsverträgen
- (OLG Koblenz, Urt. v. 28.10.1997 - 4 U 759/97, n.rkr., AnwBl 1998, 223)

### Leitsatz:

Eine rechtsberatende Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers ist im Zusammenhang mit Wirtschaftsberatung zulässig, wenn die wirtschaftliche Beratung im Vordergrund steht und ohne Rechtsberatung nicht sinnvoll vorgenommen werden kann.

### Zum Sachverhalt:

Der klagende Anwaltverein begehrt von der beklagten Wirtschaftsprüfergesellschaft die Unterlassung der Überprüfung und Änderung von Gesellschaftsverträgen und öffentlich-rechtlichen Verträgen.

### Aus den Gründen:

Es ist streitig, ob Art. 1 § 5 Nr. 2 RBerG auf alle in § 2 WPO aufgeführten beruflichen Tätigkeiten eines Wirtschaftsprüfers anzuwenden ist oder nur auf die in § 2 Abs. 1 WPO formulierte berufliche Aufgabe der betriebswirtschaftlichen Prüfungen. Da Art. 1 § 5 Nr. 2 RBerG bei der rechtlichen Bearbeitung einen unmittelbaren Zusammenhang mit den Aufgaben des Wirtschaftsprüfers fordert, wäre im letzteren Fall eine Rechtsberatung überhaupt nur bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen zulässig, nicht aber bei allen anderen Tätigkeiten eines Wirtschaftsprüfers, insbesondere auch nicht bei der Beratung in wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Die wohl noch überwiegende Meinung stützt sich auf die Wortwahl „Aufgaben“ in Art. 1 § 5 Nr. 2 RBerG und § 2 Abs. 1 WPO und die Systematik der WPO und beschränkt damit die Zulässigkeit einer rechtsberatenden Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers allein auf die in § 2 Abs. 1 WPO bezeichnete Aufgabe der betriebswirtschaftlichen Prüfung (VGH Kassel, AnwBl 1982, 535; AG Itzehoe, NJW 1963, 210; Chemnitz in Althoff/Busch/Kampmann/Chemnitz, Rechtsberatungsgesetz, RdNr. 434 ff; Rennen/Calibe, Rechtsberatungsgesetz, Art. 1 § 5 RdNr. 55/56; Dumoulin, NJW 1966, 814; Chemnitz, AnwBl 1988, 492 ff; Zuck, JZ 1988, 558 ff). Neben dem Wortlaut (Verwendung des Begriffs „Aufgaben“) wird diese Auffassung auch wesentlich auf die Systematik der WPO gestützt, die zunächst in § 2 Abs. 1 die berufliche Aufgabe eines Wirtschaftsprüfers und abgestuft dazu in Abs. 2 eine Tätigkeit beschreibe, zu der der Wirtschaftsprüfer lediglich befugt sei und in § 43 alter Fassung WPO die Beratung in wirtschaftlichen Angelegenheiten lediglich als vereinbar mit dem Beruf des Wirtschaftsprüfers bezeichne.

Der BGH hat in seiner Entscheidung vom 9.5.1967 (BGHZ 48, 12, 21, 22) die Frage noch offengelassen, ob berufliche „Aufgaben“ i.S.d. Art. 1 § 5 Nr. 2 RBerG lediglich die in § 2 Abs. 1 WPO genannte Prüfertätigkeit ist oder ob darunter auch alle anderen beruflichen Angelegenheiten eines Wirtschaftsprüfers fallen. In seinem Urteil vom 4.11.1987 (NJW 1988, 561, 562 = Gl 1988, 19) hat er sodann entschieden, daß die rechtliche Bearbeitung dem Wirtschaftsprüfer in unmittelbarem Zusammenhang mit solchen Aufgaben gestattet ist, die zu seinem anerkannten, herkömmlichen Berufsbild gehören, wozu auch die wirtschaftsberatende Tätigkeit gerechnet werden müsse.

Er hat die Auffassung vertreten, daß Art. 1 § 5 Nr. 2 RBerG einer solchen Auslegung nicht entgegenstehe. Dies folge aus Sinn und Zweck des Rechtsberatungsgesetzes und werde durch die weniger aussagekräftige Systematik der Wirtschaftsprüferordnung nicht in Frage gestellt. Der Gesetzgeber habe mit dem Rechtsberatungsgesetz lediglich dem Mißstand begegnen wollen, daß die Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten weitgehend in die Hand von Personen gerät, die keine hinreichende Sachkunde und Zuverlässigkeit böten. Die Ausnahmeregelung in Art. 1 § 5 RBerG beruhe dagegen auf der Erwägung, daß sich zahlreiche Berufe ohne gleichzeitige rechtliche Beratung nicht immer sachgemäß ausüben ließen. Schon bei Erlass des Rechtsberatungsgesetzes habe die wirtschaftsberatende Tätigkeit zum anerkannten Berufsbild des Wirtschaftsprüfers gehört. Der BGH verweist insoweit auf die amtliche Begründung zur Wirtschaftsprüferordnung (*Bundestagsdrucksache 201, 3. WP, S. 34*), in der es u.a. heißt:

„Neben der Prüfungstätigkeit steht nach der Entwicklung die Beratungsaufgabe, durch die besonders aus Prüfungen gewonnene Erkenntnisse zum Nutzen der Betriebe verwertet werden. Die Beratung in wirtschaftlichen Angelegenheiten ist deshalb als Berufsaufgabe ausdrücklich zugelassen.“

Der Senat schließt sich dieser Auffassung des BGH an. Wollte man eine Rechtsberatung bei der rein wirtschaftsberatenden Tätigkeit eines Wirtschaftsprüfers ausschließen, würde man diese heute zweifelsfrei im Vordergrund stehende Tätigkeit wesentlich einschränken, weil sie in vielen Fällen ohne begleitende Rechtsberatung nicht sinnvoll ausgeübt werden kann. Allein der Blick auf die Wortwahl „Aufgabe“ im Gesetzestext (§ 2 Abs. 1 WPO; Art. 1 § 5 Nr. 2 RBerG) erscheint zu eng. Liest man die oben zitierte amtliche Begründung zur Wirtschaftsprüferordnung, wird auch dort die Beratung in wirtschaftlichen Angelegenheiten ausdrücklich als Berufsaufgabe bezeichnet. Allein die Tatsache, daß dann im Gesetz (§ 2 Abs. 1 und Abs. 2, § 43 alter Fassung WPO) unterschiedliche Formulierungen verwandt wurden, kann den dargestellten Sinn und Zweck des Rechtsberatungsgesetzes nicht in Frage stellen. Dies würde dem tatsächlichen und anerkannten Berufsbild eines Wirtschaftsprüfers zuwiderlaufen.

Hinzu kommt, daß der Hinweis auf die Systematik der Wirtschaftsprüferordnung auch von

den Vertretern der engeren Ansicht überprüft werden müßte. Wie der BGH (*BGHZ 48, 12, 22*) ausführlich dargelegt hat, war nach dem Regierungsentwurf die Beratung und Vertretung auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten ursprünglich in § 2 WPO eingestellt. Nach Einwänden aus der Anwaltschaft wurde diese Tätigkeit in § 2 des Entwurfs gestrichen und in § 43 WPO übernommen, wo sie als mit dem Beruf des Wirtschaftsprüfers vereinbar bezeichnet wurde.

Selbst wenn man hieraus schließen wollte, die wirtschaftsberatende Tätigkeit gehöre eben nicht zu den Aufgaben eines Wirtschaftsprüfers, sondern sei nur mit dessen Beruf vereinbar, wäre diese Sicht der Dinge überholt. Die Wirtschaftsprüferordnung wurde zwischenzeitlich geändert. Die Beratung in wirtschaftlichen Angelegenheiten wurde aus § 43 WPO herausgenommen und in einem Abs. 3 in § 2 WPO eingestellt. Sie hätte damit aus der Sicht der Befürworter einer engen Auslegung eine erhebliche Aufwertung erfahren. (...)

3. Der Unterlassungsanspruch des Klägers ist jedoch nach Maßgabe des Hilfsantrages begründet. Auch wenn man die Beratung in wirtschaftlichen Angelegenheiten als Aufgabe des Wirtschaftsprüfers i.S.v. Art. 1 § 5 Nr. 2 RBerG ansieht, **ist wegen dieser eng auszulegenden Ausnahmeregelung weitere Voraussetzung, daß die wirtschaftsberatende Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers im Vordergrund und die rechtsberatende Tätigkeit hiermit in unmittelbarem Zusammenhang steht** (vgl. *BGH, NJW 1988, 561, 563 = GI 1988, 19*).

a) Vorliegend ist zweifelhaft, ob bei dem der Beklagten erteilten Auftrag die wirtschaftsberatende Tätigkeit im Vordergrund stand: (wird ausgeführt).

b) Dies kann jedoch letztlich dahinstehen, da es in jedem Fall an dem erforderlichen unmittelbaren Zusammenhang zwischen wirtschaftsberatender und rechtsberatender Tätigkeit fehlt. **Ein solcher ist nur dann gegeben, wenn der Wirtschaftsprüfer ohne die rechtliche Bearbeitung seine eigentliche wirtschaftsberatende Aufgabe nicht sachgemäß erledigen könnte.** Das Verbot der Rechtsbesorgung muß die wirtschaftliche Beratung unangemessen erschweren; **sie muß ohne Rechtsberatung nicht sinnvoll vorgenommen werden können** (vgl. *BGH, BGHZ 48, 12, 23; NJW 1988, 561, 563 = GI 1988, 19; OLG Koblenz, AnwBl 1976, 48; Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz, a.a.O., Rdnr. 450 ff*).

Hieran fehlt es vorliegend. Das LG hat zutreffend ausgeführt, daß die Beratung über die wirtschaftlichen Probleme bei der Gründung einer Gesellschaft mit allein planerischen Befugnissen völlig unabhängig von der Korrektur der Vertragsentwürfe und der Einarbeitung der Stellungnahmen der einzelnen Gebietskörperschaften war. Zur sinnvollen Erledigung dieser wirtschaftsberatenden Tätigkeit bedurfte es nicht der von der Beklagten selbst eingeräumten erheblichen Veränderung des Vertragsentwurfs. Auch dies wird von der Beklagten im Prinzip eingeräumt.

Im Schriftsatz vom 8.11.1996 hat sie dargestellt, daß anlässlich eines Gespräches am 24.10.1995 der Auftrag mündlich erteilt wurde und es sofort zu einem Sachgespräch kam, wobei ihr Sachbearbeiter, soweit es aus dem Stegreif möglich war, die Punkte erläuterte, die bei der Gründung eines echten Tarifverbundes mit einheitlicher Fahrgeldeinnahme und anschließender Aufteilung zu beachten waren. Es wurde aber bereits deutlich, daß diese Lösung nicht konsensfähig war. Dies wurde dann bei einem weiteren Gespräch am 8.11.1995 bestätigt.

Die vorgesehenen Mitglieder des Verbundes kamen überein, der zu gründenden Gesellschaft ausschließlich planerische Befugnisse einzuräumen und keine weiteren Kompetenzen. Im genannten Schriftsatz führt die Beklagte nunmehr weiter aus, daß sie dann, nachdem Art und Umfang dieser Planungskompetenzen diskutiert und genau umschrieben worden waren, gebeten wurde, die vorliegenden Gesellschaftsvertragsentwürfe darauf durchzusehen, wie sich mit ihnen die neuen Überlegungen umsetzen ließen.

Wenn sie dann weiter darlegt, daß sich ihre Tätigkeit demnach darauf beschränkte, die bereits vorliegenden, nicht von ihr selbst erstellten Vertragsentwürfe so abzuändern, daß der damit zu gründende Verkehrsverbund ausschließlich planerische Tätigkeiten übernehmen, aber keinen eigenen Vertriebsbetrieb haben sollte und auch nicht gestaltend auf den öffentlichen Personennahverkehr einwirken konnte, so ist genau dies eine rechtsberatende Aufgabe, die unabhängig von der wirtschaftsberatenden hätte ausgeübt werden können.

Die wirtschaftliche Beratung wäre dadurch nicht unangemessen erschwert worden; auch hätte sie ohne Rechtsberatung sachgemäß erledigt werden können. **Die weitere Tätigkeit**

**der Beklagten war im Grunde genommen nichts anderes als ein Annex zu einer im großen und ganzen bereits erledigten wirtschaftsberatenden Tätigkeit.** Folgerichtig wurde der schriftliche Auftrag auch so formuliert, daß eine rechtliche Überprüfung des Vertrages erfolgen sollte. Konsequenterweise werden deshalb auch in der Stellungnahme der Beklagten vom 9.11.1995 vielfach Rechtsausführungen grundsätzlicher Art oder Vorschläge dazu gemacht, wie einzelne, sich aus der wirtschaftsberatenden Tätigkeit ergebende Punkte rechtlich umgesetzt werden können.

4. Die Beklagte hat sonach gegen Art. 1 § 1 RBERG verstoßen. Es ist seit langem anerkannt, daß der Erlaubniszwang dieser Vorschrift nicht nur den berufsständischen Interessen, sondern auch dem allgemeinen Interesse an einer zuverlässigen Rechtspflege dient (vgl. BGH, BGHZ 48, 12, 17; Baumbach/Hefermehl, Wettbewerbsrecht, § 1 UWG Rdnr. 623 mit zahlreichen weiteren Hinweisen auf die Rechtsprechung). Ein Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBERG beinhaltet deshalb zugleich einen solchen gegen § 1 UWG. Da Art. 1 § 1 RBERG ein Schutzgesetz i.S.d. § 823 Abs. 2 BGB ist, ist der Unterlassungsanspruch des Klägers auch hieraus begründet.

## Berufsverbot

- Berufshaftpflichtversicherung, § 51 BRAO
- Geringes Einkommen  
(BGH, Beschl. v. 18.11.1996 - AnwZ [B] 25/96, NJW-RR 1997, 696)

### Leitsatz:

**Die Pflicht zum Abschluß einer Berufshaftpflichtversicherung besteht auch für Rechtsanwälte mit nur geringem Einkommen.**

### Zum Sachverhalt:

Der im Jahre 1911 geborene Ast. (Antragsteller) ist seit 1946 zur Rechtsanwaltschaft zugelassen. Der Ag. (Antragsgegner) hat durch Verfügung vom 11.12.1995 wegen Fehlens der vorgeschriebenen Berufshaftpflichtversicherung die Zulassung des Ast. gem. § 14 II Nr. 10 BRAO widerrufen. Dessen Antrag auf gerichtliche Entscheidung hat der AnwGH zurückgewiesen. Die dagegen gerichtete sofortige Beschwerde des Ast. hatte keinen Erfolg.



## Aus den Gründen:

## I. ... II.

1. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und Patentanwälte (*BGBI I* 1994, 2278) am 9.9.1994 hat jeder Rechtsanwalt eine **Berufshaftpflichtversicherung mit einer Mindestversicherungssumme von 500.000 DM zu unterhalten** (§ 51 I 1, IV 1 BRAO). **Kommt er dieser gesetzlichen Verpflichtung nicht nach, ist die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zu widerrufen** (§ 14 II Nr. 10 BRAO). Der Ast. räumt selbst ein, daß eine entsprechende Versicherung seiner anwaltlichen Tätigkeit nicht besteht.

2. Die Gründe, aus denen sich der Ast. weigert, eine Haftpflichtversicherung mit einer Versicherungssumme von 500.000 DM abzuschließen, können seiner Beschwerde nicht zum Erfolg verhelfen.

a) Der Ast. macht einmal geltend, eine solche Versicherung bedeute für ihn eine **unzumutbare finanzielle Belastung**, weil er schon im Jahre 1995 infolge seines fortgeschrittenen Alters die Anwaltstätigkeit nur noch in geringem Umfang ausgeübt habe. Die in § 51 BRAO normierte Verpflichtung gilt jedoch ohne Rücksicht darauf, welches Einkommen der Anwalt aus seiner Berufstätigkeit erzielt. Die generelle Anpassung der Mindestversicherungssumme auf 500.000 DM, die der für andere rechts- und wirtschaftsberatende Berufe schon früher getroffenen Regelung (§ 67 StBerG i.V. mit § 2 I Berufshaftpflichtversicherungs-VO v. 27.4.1990 - *BGBI I*, 847, § 54 WPO i.V. mit § 2 II Berufshaftpflichtversicherungs-VO v. 8.12.1967 - *BGBI I*, 1212) entspricht, verstößt nicht gegen den **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit**. Die vom Gesetzgeber getroffene Regelung liegt innerhalb des ihm insoweit zustehenden Ermessensspielraums. **Eine Abstufung des Deckungsschutzes nach dem Umfang der anwaltlichen Tätigkeit ergäbe keine sachgerechte Lösung**; denn sie würde die berufsrechtliche Überprüfung wesentlich erschweren und entspräche vor allem nicht dem Schutzbedürfnis des rechtssuchenden Publikums, das ein berechtigtes Interesse daran hat, durch eine entsprechende Haftpflichtversicherung bei jedem Anwalt in demselben Umfang vor Schäden aus vertraglicher Pflichtverletzung geschützt zu sein.

b) Der Ast. kann sich auch nicht darauf berufen, daß er seine anwaltliche Tätigkeit inzwischen aufgegeben habe. Der für die gerichtliche Kon-

trolle **maßgebliche Zeitpunkt** ist grundsätzlich derjenige des **Erlasses der Widerrufsverfügung**. Jedenfalls zu diesem Zeitpunkt übte der Ast. seinen Beruf noch aus.

Allerdings können nach der ständigen Rechtsprechung des Senats nachträgliche Umstände noch berücksichtigt werden, aus denen sich zweifelsfrei ergibt, daß der Grund für den Widerruf zwischenzeitlich entfallen ist (*BGHZ* 75, 356 = *NJW* 1980, 841 = *LM* § 15 Ziff. 2 BRAO Nr. 4; *BGHZ* 84, 149 [150] = *NJW* 1982, 2782 = *LM* § 7 Ziff. 8 BRAO Nr. 46). Ob dies dann anzunehmen wäre, wenn der Ast. gegenüber der Landesjustizverwaltung auf die Rechte aus der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft schriftlich verzichtet hätte (vgl. § 14 II Nr. 4 BRAO), kann dahingestellt bleiben; denn eine solche Erklärung ist bis heute nicht eingegangen. Der Ast. hat sie lediglich für den Fall angekündigt, daß ihm das Recht, seine bisherige Berufsbezeichnung weiterzuführen, erhalten bleibt. Damit ist der die angefochtene Verfügung tragende Widerrufsgrund nicht ausgeräumt.

3. Der Senat bemißt den Geschäftswert (§ 202 II BRAO, § 30 II KostO) in Zulassungssachen grundsätzlich mit 100.000 DM. Im Hinblick auf das hohe Alter des Beschwerdeführers und den infolgedessen nur geringen Umfang seiner Anwaltstätigkeit, die er inzwischen ganz eingestellt haben will, scheint es jedoch gerechtfertigt, den Wert lediglich auf 20.000 DM festzusetzen (vgl. *BGH*, *EGE* IX 34, 38; *EGE* XIII 3, 5).

**Anmerkung:** Zur Pflicht des Steuerberaters/Wirtschaftsprüfers zum Abschluß einer Berufshaftpflichtversicherung und zur Zahlung der Versicherungsprämie vgl. OLG Düsseldorf, GI 1992, 132, § 67 StBerG, § 54 WPO.

## Fristenkontrolle

- Doppelte Kontrolle
  - Fristüberwachung durch RA
- (*BGH*, *Urt.* v. 30.4.1998 - VII ZB 5/97)

### Leitsatz:

Die organisatorischen Maßnahmen eines Rechtsanwalts zur Fristenkontrolle, die über das gebotene Maß hinausgehen, wie beispielsweise eine doppelte Fristenkontrolle und der schriftliche Hinweis am Tage vor Ablauf der Vorfrist, führen nicht zu einer Verschärfung seiner Sorgfaltspflichten.

## Aus den Gründen:

### I.

Die Klägerin verlangt von der Beklagten den Ersatz der Kosten, die sie zur Neuherstellung einer von der Beklagten eingerichteten Produktionsanlage aufgewandt hat. Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Das am 9.7.1996 verkündete Urteil ist dem Prozeßbevollmächtigten der Klägerin am 25.7.1996 zugestellt worden. Mit einem bei Gericht am 6.9.1996 eingegangenen Schriftsatz hat die Klägerin Berufung eingelegt. Sie hat die Berufung begründet und gegen die Versäumung der Berufungsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt.

Zur Begründung ihres Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand hat sie im wesentlichen folgendes vorgetragen:

1. Die Fristenorganisation der Sozietät, der der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin angehöre, sehe eine doppelte Fristenkontrolle vor. Es existiere eine zentrale Fristenerfassung und -kontrolle und daneben eine Fristenerfassung und -kontrolle in dem Dezernat eines jeden Sozius. Die eingehende Post werde zuerst zentral von Frau P., einer ausgebildeten, erfahrenen und zuverlässigen Kraft, erfaßt und auf Termine und Fristen überprüft. Frau P. trage die Vorfristen und Termine in das zentrale Kanzleifristenbuch ein und gebe die Post an die einzelnen Dezernate weiter. Der zuständige Rechtsanwalt überprüfe die notierten Fristen und veranlasse die Eintragung der von ihm geprüften Fristen in das Dezernatfristenbuch durch die Dezernatssekretärin.

Jeweils am Tage vor der Vorfrist oder einem Termin stelle Frau P. dem zuständigen Rechtsanwalt eine Kopie der jeweiligen Seite des zentralen Fristenbuches mit der farbig markierten Frist zur Verfügung. Frau P. übergebe die Kopie dem Rechtsanwalt oder lege sie im Falle seiner Abwesenheit entsprechend einer Anweisung auf dessen Bürosessel. Am Tage des Fristablaufs erinnere Frau P. den betroffenen Anwalt morgens telefonisch an die ablaufenden Fristen. Bevor Frau P. nach Dienst das Büro verlasse, erkundige sie sich bei dem Rechtsanwalt, ob die Frist erledigt sei. Falls die Frist zu diesem Zeitpunkt nicht erledigt sei, informiere Frau P. die zuständige Dezernatssekretärin. Eine davon unabhängige Kontrolle sei dadurch gewährleistet, daß die Dezernatssekretärin am Tag der Frist dem zuständigen Rechtsanwalt die Akte mit dem

Hinweis auf die Frist vorlege. Vor dem Verlassen des Büros überprüfe sie, ob die Frist eingehalten worden sei.

2. Dieses System der doppelten Fristenüberwachung habe aus mehreren Gründen versagt:

a) Etwa eine Woche vor dem Fristablauf habe die Fristenkontrolle im Dezernat des zuständigen Rechtsanwalts für die Urlaubszeit der Dezernatssekretärin, Frau Z., der Frau P. zusätzlich übertragen werden sollen. Der zuständige Rechtsanwalt habe Frau Z. entsprechend angewiesen und sich vor dem Urlaubsbeginn am 19.8.1996 bei Frau Z. vergewissert, ob sie ihrer Vertreterin Frau P. die Fristenkontrolle des Dezernats übertragen habe.

b) Am Freitag, den 23.8.1996 habe Frau P. in der Sache der Klägerin die Ablichtung aus dem zentralen Fristenbuch dem zuständigen Rechtsanwalt auf dessen Bürosessel gelegt, auf der der Tag des Fristablaufs, Montag, der 26.8.1996, farblich markiert war.

Am Montag, den 26.8.1996 habe Frau P. in ihrer Eigenschaft als zuständige Sekretärin für die zentrale Fristenkontrolle versäumt, den zuständigen Rechtsanwalt an den Fristablauf zu erinnern. Der zuständige Rechtsanwalt, der am 26.8.1996 an einer ganztägigen Vertragsverhandlung in seinem Büro teilgenommen habe, habe sich an den schriftlichen Hinweis vom Freitag nicht mehr erinnert. Frau P. habe dem zuständigen Anwalt auch nicht entsprechend der bestehenden Weisung für die Dezernatfristenkontrolle die Akte am 26.8.1996 vorgelegt.

c) Die Nachforschung nach den Ursachen für die Versäumung der Berufungsfrist habe folgendes ergeben:

(1.) Frau P. habe dem zuständigen Rechtsanwalt die Akte am 26.8.1996 deshalb nicht vorgelegt, weil Frau Z. es versäumt habe, ihr die Überwachung des Dezernatfristenbuches zu übertragen.

(2.) Die Versäumnisse der Frau P., den zuständigen Rechtsanwalt morgens und nach Beendigung ihres Dienstes an den Fristablauf zu erinnern, sei auf ein besonderes Ereignis zurückzuführen. Frau P. sei an diesem Tag völlig verstört und verspätet im Büro eingetroffen. Sie habe, als sie mit ihrem Pkw in den Dienst habe fahren wollen, festgestellt, daß ihr Wagen beschädigt und aufgebrochen gewesen sei und daß die Täter noch in dem Pkw schliefen.

## II.

Das Berufungsgericht hat die Wiedereinsetzung versagt und die Berufung der Klägerin als unzulässig verworfen. Zur Begründung hat es unter anderem folgendes ausgeführt:

1. Es sei nicht zu beanstanden, daß die Sozietät die Fristenkontrolle zur eigenverantwortlichen Erledigung geschulten und bewährten Mitarbeitern übertragen hätte und daß die Sozien sich auf die Überwachung durch ihre Mitarbeiter verlassen hätten. Aufgrund der besonderen Situation sei die Sorgfaltspflicht des zuständigen Rechtsanwalts erhöht gewesen. Die übliche Fristenkontrolle sei seit dem 19.8.1996 herabgesetzt gewesen, weil die Doppelkontrolle durch zwei Büroangestellte nicht mehr gewährleistet gewesen sei. Die Mehrbelastung der Frau P. durch die Überwachung des zentralen Fristenbuches und des Dezernatfristenbuches habe bei weiteren belastenden Vorkommnissen dazu führen können, daß die Fristenkontrolle nicht mehr gewährleistet sei. Diese vorhersehbare Situation habe sich realisiert.

2. Der zuständige Rechtsanwalt habe überdies nicht die am 26.8.1996 erforderlichen Maßnahmen getroffen:

a) Da der Rechtsanwalt sich in Vertragsverhandlungen bis ca. 21.00 Uhr in einem Besprechungsraum befunden habe, hätte er damit rechnen müssen, daß ihn etwaige Telefonate seiner Mitarbeiter nicht erreichen würden. Er hätte sich deshalb nach Abschluß der Vertragsverhandlungen über etwaige Fristabläufe informieren müssen. Hätte er diese Kontrolle durchgeführt, dann hätte er die Kopie des Fristenbuches vorgefunden.

b) Der vom Bundesgerichtshof entwickelte Grundsatz, daß erhöhte organisatorische Sicherungen nicht zu einer Verschärfung der Sorgfaltspflichten führen dürften, rechtfertige keine Wiedereinsetzung. Der zuständige Rechtsanwalt sei durch die Kopie des zentralen Fristenkaltenders rechtzeitig informiert worden. Mit der Vorlage der Kopie sei der Rechtsanwalt verpflichtet gewesen, den Fristablauf eigenverantwortlich zu überprüfen. Es sei unerheblich, daß ihm mit der Kopie nicht zugleich die Akte vorgelegt worden sei.

## III.

Die dagegen gerichtete form- und fristgerechte Beschwerde ist begründet. Das Berufungsgericht

hat die beantragte Wiedereinsetzung zu Unrecht versagt. Dem Prozeßbevollmächtigten der Klägerin ist unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt ein Fehlverhalten vorzuwerfen.

1. Das Berufungsgericht beanstandet zu Unrecht, daß der Rechtsanwalt für die **Urlaubssituation** keine besonderen Vorkehrungen getroffen hat. Das Verhalten einer Partei oder ihres Prozeßbevollmächtigten kann nur dann die Versagung der Wiedereinsetzung rechtfertigen, wenn dieses Verhalten für die Fristversäumung ursächlich geworden ist. Das Berufungsgericht hat rechtsfehlerhaft die Ursächlichkeit zwischen der von ihm unterstellten Doppelbelastung der Frau P. und der Fristversäumung bejaht.

Ob und auf welche Weise der zuständige Rechtsanwalt im Hinblick auf die vorgesehene Urlaubsvertretung der Dezernatsekretärin durch Frau P. weitere organisatorische Maßnahmen zur Fristenkontrolle hätte veranlassen müssen, kann dahinstehen. Nach dem maßgeblichen Vortrag der Klägerin hat die Fristenkontrolle nicht deshalb versagt, weil Frau P. durch die zentrale Fristenkontrolle und die Fristenkontrolle im Dezernat überlastet war. **Die Klägerin hat glaubhaft gemacht, daß die für die Fristenkontrolle im Dezernat zuständige Sekretärin Frau Z. es versäumt hatte, Frau P. die Fristenkontrolle zu übertragen.** Dieses Versäumnis der Frau Z. begründet kein vorwerfbares Verhalten des Rechtsanwalts der Klägerin, weil die doppelte Fristenkontrolle über das gegebene Maß der erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zur Fristenkontrolle hinausgeht.

(1.) Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (Urt. v. 19.12.1991 - VII ZR 155/91, NJW 1992, 1047 = GI 1992, 238; Beschl. v. 22.3.1995 - VIII ZB 2/95, NJW 1995, 1682 = GI 1995, 207) führt eine über das gebotene Maß vorgesehene Fristenkontrolle nicht zu einer Verschärfung der Sorgfaltspflichten des Rechtsanwalts. **Der Rechtsanwalt, der neben der ausreichenden Fristenkontrolle eine zusätzliche Sicherungsmaßnahme vorgesehen hat, darf für den Fall, daß die zusätzliche Kontrollebene versagt, nicht schlechtergestellt werden, als wenn er die zusätzliche Sicherungsmaßnahme nicht vorgesehen hätte.**

(2.) Nach diesen Grundsätzen kann die Versagung der Wiedereinsetzung nicht mit einem etwaigen zurechenbaren Pflichtenverstoß der

Dezernatsekretärin begründet werden, weil die zentrale Fristenkontrolle ausreichend gewesen wäre.

2. Das Berufungsgericht hat zu Unrecht einen **Pflichtenverstoß des zuständigen Rechtsanwalts** am 26.8.1996 angenommen.

a) Dem Rechtsanwalt ist nicht vorzuwerfen, daß er sich im Hinblick auf die Vertragsverhandlungen nach deren Beendigung nicht über etwaige Fristabläufe informiert hat. Nach dem Vortrag der Klägerin war **aufgrund einer Anweisung im Dezernat des Rechtsanwalts gewährleistet, daß Hinweise der für die zentrale Fristenkontrolle zuständigen Sekretärin auf Fristabläufe ihn auch während laufender Besprechungen erreichen**. Angesichts dieser organisatorischen Maßnahme konnte und durfte der Rechtsanwalt darauf vertrauen, daß er entsprechend informiert würde.

b) Die Begründung des Berufungsgerichts, der Rechtsanwalt habe deshalb pflichtwidrig gehandelt, weil er nach der Vorlage der Kopie aus dem zentralen Fristenkalender nicht eigenverantwortlich den Fristablauf überprüft habe, würde im Ergebnis dazu führen, daß der Rechtsanwalt für eine zusätzliche Maßnahme der Fristenkontrolle, die über das gebotene Maß hinausgeht, einzustehen hätte.

(1.) **Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist der Rechtsanwalt dann verpflichtet, bei fristwahrenden Handlungen den Fristenablauf eigenverantwortlich zu überprüfen, wenn ihm die Akte oder das für eine fristgebundene Handlung erforderliche vorbereitete Schriftstück vorgelegt wird** (BGH, Beschl. v. 19.2.1991 - VI ZB 2/91, NJW-RR 1991, 827 m.w.N. = Gl 1991, 201). Eine Pflichtverletzung des Rechtsanwalts liegt danach nur dann vor, wenn er keine hinreichende organisatorische Vorsorge dafür getroffen hat, daß ihm die Akte oder das vorbereitete Schriftstück für die beabsichtigte Prozeßhandlung rechtzeitig vorgelegt wird oder wenn er aufgrund der Vorlage derartiger Vorgänge die Frist nicht eigenverantwortlich überprüft.

(2.) Danach ist dem Prozeßbevollmächtigten der Klägerin kein Pflichtenverstoß vorzuwerfen. **Der vorsorgliche Hinweis durch die Kopie aus dem zentralen Fristenkalender auf den drohenden Fristablauf hat nicht zur Folge, daß der Rechtsanwalt dazu verpflichtet ist, sich unverzüglich die Akte vorlegen zu lassen**

**und die Frist zu überprüfen.** Aufgrund der Organisation der Fristenkontrolle konnte und **durfte er sich darauf verlassen, daß ihm am Tage des Fristablaufs die Akte vorgelegt wird, gegebenenfalls auch im Besprechungszimmer.** Erst die Vorlage der Akte begründet seine **Pflicht zur eigenverantwortlichen Überprüfung der Frist.**

## Versicherungsschutz

- Versichererwechsel
- Angaben im Antrag zu „Zahl der Schäden“
- Anlaß zur Rückfrage beim Antragsteller  
(KG, Urt. v. 16.9.1997 - 6 U 7835/95, rkr.)

### Leitsatz (d. Einsenders):

**Ein Versicherungsnehmer handelt nicht arglistig, wenn er die Frage nach Vorschäden im Versicherungsantrag nicht dahin versteht, es werde nach von ihm angemeldeten, sondern nach tatsächlich vom Vorversicherer regulierten Schadenfällen gefragt.**

### Zum Sachverhalt:

Der Beklagte, der seit 1972 bei der X-Versicherung berufshaftpflichtversichert war, wechselte Anfang 1987 aus eigenem Wunsch zu der Klägerin (früher Versicherungs AG). In dem am 14.2.1987 unterzeichneten Antragsvordruck gab er den Vorversicherer an und füllte nach der Behauptung der Klägerin die **Spalte „Zahl der Schäden“** mit einem Strich aus. Mit einem Schreiben vom 20.2.1987, das er der Klägerin zusammen mit dem Antrag vom 14.2.1987 zuleitete, teilte er weitere Einzelheiten mit; wegen des Inhalts wird auf das Schreiben nebst Anlagen Bezug genommen.

Der Versicherungsvertrag kam unter Einbeziehung Allgemeiner und Besonderer Bedingungen zustande, wobei die Klägerin wegen der Berücksichtigung von „mehr als drei schadenfreien Jahren“ des Vorvertrages einen Schadenfreiheitsrabatt gewährte.

Im Laufe der Versicherungszeit meldete der Beklagte sechsmal, daß er von Mandanten auf Schadenersatz in Anspruch genommen werde. In zwei Fällen regulierte die Klägerin die Forderung der Mandanten und kündigte den Versicherungsvertrag zum 15.11.1993.

Im September 1994 bat die Klägerin, die Zweifel an der Richtigkeit der Angaben des Beklagten im Antragsvordruck bekommen hatte, ihn um eine Schweigepflichtentbindung gegenüber seinem Vorversicherer, die der Beklagte verweigerte. Sie erfuhr gleichwohl von der X-Versicherung, daß der Beklagte insgesamt elf Schadenfälle unabhängig von der Frage, ob die gegen ihn erhobenen Ansprüche der Mandanten berechtigt waren, gemeldet hatte.

Mit einem Schreiben vom 23.1.1995 focht die Klägerin den Versicherungsvertrag wegen arglistiger Täuschung an und forderte erfolglos die Rückzahlung der von ihr erbrachten Versicherungsleistungen.

Sie hat vorgetragen: Der Beklagte als Rechtsanwalt hätte nach Treu und Glauben auch die Schadenmeldungen an den Vorversicherer angeben müssen, die nicht zu einer Regulierung geführt hätten. Sie hätte den Antrag bei Kenntnis der tatsächlichen Anzahl der Schadenmeldungen nicht angenommen.

(Anträge ...)

Der Beklagte hat vorgetragen: Er habe den den Antrag aufnehmenden Versicherungsagenten auch die folgenlosen Schadenmeldungen mitgeteilt, jedoch zur Antwort erhalten, es komme nur auf die tatsächlich regulierten Schäden an. Tatsächlich sei für den Schadenfreiheitsrabatt die Zahl der regulierten Fälle entscheidend, da Schadenersatzansprüche von Mandanten oft querulatorischer Art seien. Um das Jahr 1974 sei es einmal zu einer Schadenregulierung in Höhe eines dreistelligen Betrages gekommen.

Durch das am 12.10.1995 verkündete Urteil hat das Landgericht die Klage mit der Begründung abgewiesen, der Klägerin stehe der auf § 812 BGB gestützte Anspruch wegen Fehlens eines Anfechtungsgrundes nicht zu. Denn der Beklagte habe auch als Rechtsanwalt nur auf die gestellten Fragen zu antworten gehabt, die er nicht falsch beantwortet habe.

Nach dem Sprachgebrauch seien für den Antragsteller unter „**Schäden**“ im Sinne des Antragsvordrucks nur solche Fälle zu verstehen gewesen, in denen der Vorversicherer tatsächlich habe Leistungen erbringen müssen. Aus § 5 Nr. 1–3 AVB ergebe sich der „Schadenfall“ (der dem Versicherungsfall entspreche) als anzuzeigender möglicher Haftpflichtanspruch und der „Schaden“ als Eintritt der Regulierungspflicht,

so daß die Klägerin, wenn sie die Angaben sämtlicher Schadenmeldungen bei dem Vorversicherer hätte erfahren wollen, nicht nach „Schäden“, sondern nach der Anzahl der „Schadenfälle“ hätte fragen müssen.

Soweit sie in der Erklärung des Beklagten vom 20.2.1987 nach „Schadenfällen“ gefragt habe, habe es sich um Angaben zum Schadenfreiheitsrabatt gehandelt, für den es nach der Definition der Klägerin nur auf Fälle angekommen sei, in denen Leistungen über bloße Gutachter- oder Prozeßkosten hinaus entstanden seien. Außerdem habe die Klägerin nicht vorgetragen, daß einer der von dem Vorversicherer bekannt gegebenen elf Fälle in die Zeit nach dem 1.1.1983 gefallen sei. Die Zusatzklärung vom 20.2.1987, in der der Beklagte eine Meldung im Jahr 1985 ohne Regulierung als „Schadenfall“ bezeichnet habe, beziehe sich nur auf die Zeit seit dem 1.1.1983 und betreffe außerdem wiederum nur den Schadenfreiheitsrabatt.

Auch die Angabe des Beklagten, die Vorversicherung sei seit Jahren schadenfrei, bedeute keine Falschangabe, da die Klägerin nicht behauptet habe, daß einer der ihr vom Vorversicherer genannten elf Schadenfälle die Voraussetzungen erfüllt habe, das betreffende Versicherungsjahr als „nicht schadenfrei“ im Sinne der Besonderen Bedingungen anzusehen. Auf den vom Beklagten eingestandenen Schaden um das Jahr 1974 dürfe die Klägerin die Anfechtung nicht stützen, weil sie der Angabe des Beklagten „seit Jahren schadenfrei“ habe entnehmen müssen, daß es vor dieser unbestimmten Zahl von Jahren doch Fälle gegeben habe, die zu einer Regulierung geführt hätten; sie hätte den Widerspruch zu der Antwort im Antragsvordruck erkennen und bei dem Beklagten vor Antragsannahme nachfragen müssen.

Gegen das am 26.10.1995 zugestellte Urteil richtet sich die am 15.11.1995 eingegangene und am 13.12.1995 begründete Berufung der Klägerin. Sie wendet sich gegen die Rechtsauffassung des Landgerichts und weist darauf hin, daß der Beklagte in seiner Zusatzklärung vom 20.2.1987 nur einen dem Vorversicherer gemeldeten Schaden erwähne, obwohl er elf und gemäß seinem Vorbringen in der mündlichen Verhandlung vom 19.9.1995 sogar zwanzig oder noch mehr Fälle gemeldet habe (Einzelheiten in der Berufungsbegründung vom 12.12.1995).

(Anträge ...)

Wegen der Einzelheiten des Parteivorbringens wird auf den vorgetragenen Inhalt der gewechselten Schriftsätze Bezug genommen.

#### Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Klägerin ist nicht begründet, weil das Landgericht die auf § 812 BGB gestützte Klage wegen Fehlens des geltend gemachten Anfechtungsgrundes gemäß §§ 22 VVG, 123 BGB mit Recht abgewiesen hat. Bei den zutreffenden Ausführungen des angefochtenen Urteils hat es trotz der Berufungsangriffe zu verbleiben.

Soweit die Klägerin auf Seite 1–4 der Berufungsbegründung nach wie vor meint, der Beklagte habe in seinem Schreiben vom 20.2.1987 **eine falsche Angabe über die Schadenfreiheit** gemacht, ist ihr nicht zu folgen. Denn die Erklärung, der Vorvertrag sei „seit Jahren schadenfrei“, bezog sich ausdrücklich auf die Definition der Schadenfreiheit in Nummer I 2 der Besonderen Bedingungen. Dort heißt es zwar zunächst, daß „als schadenfrei ein Versicherungsjahr gilt, in dem kein Schaden gemeldet worden ist, für den der Versicherer Zahlungen erbracht oder Rückstellungen gebildet hat (Meldeprinzip)“. Jedoch zitiert die Klägerin auf Seite 2 der Berufungsbegründung unvollständig, da es im nachfolgenden Satz der Besonderen Bedingungen heißt: „Sind lediglich Kosten (z. B. Gutachter- oder Prozeßkosten) angefallen, wird das Versicherungsjahr als schadenfrei gewertet“.

**Somit kommt es für die Definition des Begriffs der Schadenfreiheit nicht auf die Schadenmeldung schlechthin, sondern nur auf solche Schadenmeldungen an, die zu höheren Aufwendungen als Gutachter- oder Prozeßkosten geführt haben, wogegen die Tatsache, inwieweit Rückstellungen vorzunehmen waren, unbeachtlich ist.** Der Beklagte hätte daher in seiner Zusatzklärung, die sich erkennbar auf die vorgedruckte „Ergänzung zum Antrag auf Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung“ mit dem dort hinter der Eintragung „mindestens 1.1.1983“ befindlichen Kreuzchen bezog, die Schadenmeldung des Jahres 1985 an sich nicht mitzuteilen brauchen, weil es aufgrund deren nicht zu einer Regulierung des Schadens gekommen war; darin, daß er gleichwohl diese Schadenmeldung mitgeteilt hat, lag ein überobligationsmäßiges Vorgehen, das für und nicht gegen den Beklagten spricht.

Daß der Beklagte insgesamt elf oder noch mehr Schadenmeldungen mit der Folge des Anfalls von höheren als nur Gutachter- oder Prozeßkosten gegenüber dem Vorversicherer abgegeben hat, behauptet die Klägerin nicht. Dazu kann die insoweit darlegungs- und beweisbelastete Klägerin zwar aus eigenem Wissen nichts vortragen. Der Beklagte ist seiner Verpflichtung zum substantiierten Bestreiten aber hinreichend dadurch nachgekommen, daß er angegeben hat, einmal um das Jahr 1974 eine Schadenmeldung mit nachfolgender Regulierung abgegeben zu haben.

Bei dieser Sachlage können aus der **Verweigerung der Schweigepflichtentbindung** und der Verweigerung der Vorlage des von dem Beklagten angeblich in dem Telefongespräch vom 3.3.1995 behaupteten Bestätigungsschreibens der X. keine negativen Folgerungen zu seinen Lasten gezogen werden. Unabhängig davon, ob es vorliegend überhaupt einer Entbindung des Versicherers von der Verschwiegenheitspflicht durch den Beklagten bedürfte, ist – auch wenn die Versagung der Schweigepflichtentbindung gemäß § 286 ZPO frei zu würdigen ist – eine Versagung der Entbindung doch regelmäßig nicht als arglistige Vereitelung der Beweisführung anzusehen (vgl. dazu Zöller/Greger, ZPO, 20. Aufl., § 385 Rdn. 13; Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, ZPO, 55. Aufl., § 385 Rdn. 7).

Abgesehen davon kann schon deshalb nicht **von einer die Rechtsposition der Klägerin ernsthaft gefährdenden und in diesem Sinne „grundlosen“ Versagung der Schweigepflichtentbindung** (vgl. dazu BGH, NJW 1967, 2012 betreffend das Bankgeheimnis) **ausgegangen werden, weil der Beklagte Schadenmeldungen gegenüber dem Vorversicherer ausdrücklich einräumt und die Klägerin ohnehin von der X.-Versicherung erfahren hat, daß der Beklagte bei dieser insgesamt 11 Schadenfälle gemeldet hatte.** Dasselbe gilt bezüglich des von dem Beklagten nicht vorgelegten Bestätigungsschreibens der X.-Versicherung, zu dessen Vorlage er im übrigen gemäß seiner Erklärung im Termin vom 16.9.1997 nicht mehr in der Lage ist.

Die Tatsache, daß der Beklagte nach seinem Vorbringen um das Jahr 1974 eine Schadenmeldung mit nachfolgender Schadenregulierung abgegeben hatte, macht seine Angabe im Schreiben vom 20.2.1987 nicht zu einer falschen, weil die Beklagte bei Kenntnis von diesem einen regulierten Schadenfall keine Risiko-

erhöhung angenommen hätte, wie sie selbst auf Seite 4 ihres Schriftsatzes vom 19.9.1995 erklärt hat. Soweit sie von mehreren regulierten Schadenmeldungen des Beklagten ausgeht und deshalb eine Risikoerhöhung annimmt, ist zu berücksichtigen, daß er seinen Angaben die Worte „seit Jahren“ hinzugefügt hatte, aus denen sich ergab, daß vor dieser Zeit eine oder mehrere Schadenmeldungen mit Schadenregulierung vorgelegen hatten. Hier hätte die Klägerin, wie das Landgericht zutreffend ausführt, Anlaß zur Nachfrage bei dem Beklagten gehabt, um eine sachgemäße Risikoprüfung vornehmen zu können.

Soweit die Klägerin auf Seiten 5-7 der Berufungsbegründung weiterhin meint, der Beklagte habe in dem Antrag vom 14.2.1997 durch **Anbringung des Striches in der Spalte „Zahl der Schäden“** eine falsche Angabe gemacht, ist ihr ebenfalls nicht zu folgen. Denn entgegen ihrer Auffassung ist der **Begriff „Schäden“** **mehrdeutig** und in zweierlei Weise auslegbar: Es können Schäden mit nachfolgender Regulierung oder aber Schadenmeldungen ohne Regulierungsfolge gemeint sein.

**Auch ein Rechtsanwalt oder Notar, für den als Antragsteller der Antragsvordruck zugeschnitten ist, vermag allein der Bezeichnung „Schäden“ entgegen der Ansicht der Klägerin nicht zu entnehmen, daß hiermit alle Schadenmeldungen gemeint sein sollen, d.h. ohne Rücksicht darauf, ob sie zur Regulierung oder zu einer Deckungsrücklage für den Fall der Regulierung geführt haben.**

Selbst wenn zugunsten der Klägerin unterstellt wird, daß schon die Anzahl der bloßen Schadenmeldungen als solche – d.h. ohne nachfolgende Regulierung – aus objektiver Sicht für die Beurteilung des zu übernehmenden Risikos von Bedeutung ist, **liegt eine arglistige Täuschung durch den Versicherungsnehmer nicht vor, wenn in einem Versicherungsantragsvordruck objektiv unklare oder mehrdeutige Fragen gestellt werden und er die Fragen – wie hier – in vertretbarer Weise in einem anderen Sinn als dem des Versicherers verstanden und insoweit zutreffend beantwortet hat; das gilt auch dann, wenn der Versicherungsnehmer „branchenkundig“ ist** (vgl. OLG Frankfurt a.M., NJW-RR 1992, 1248, 1249; Palandt/Heinrichs, BGB, 56. Aufl., § 123 Rdn. 9 a.E.).

Es ist grundsätzlich nicht Aufgabe des Antragstellers – auch wenn er Rechtsanwalt ist –, sich

Gedanken über den vom Versicherer gemeinten Sinn und den von diesem verfolgten Zweck der Vordruckfragen zu machen, sondern er hat allein die Fragen vollständig und richtig zu beantworten.

**Nach der Zahl der „Versicherungsfälle“ hat die Klägerin in ihrem Vordruck jedenfalls nicht gefragt**, wobei hierunter gemäß § 5 Nr. 1 AVB bereits der Verstoß, der Haftpflichtansprüche zur Folge haben könnte, zu verstehen ist. Soweit der Antragsteller beim Lesen der Versicherungsbedingungen in § 5 Nr. 3a AVB auf das Wort „Schaden“ trifft, ist dieses dort nur im Zusammenhang mit der Schadenabwendungs- und -minderungspflicht verwendet worden und nötigt nicht zu der Schlußfolgerung, daß „Schäden“ im Sinne des Antragsvordrucks jeder sich zu einem „Schaden“ im Sinne der AVB verpflichtet habende Verstoß gemäß § 5 Nr. 1 AVB ohne Rücksicht auf eine künftige Regulierung sein soll.

Eine unangebrachte Aufspaltung des einheitlichen Lebensvorganges der Antragstellung hat das Landgericht entgegen der Ansicht der Klägerin nicht vorgenommen, da jede Erklärung des Beklagten entsprechend der zu beantwortenden Frage für sich zu beurteilen ist.

Im übrigen kann von einer arglistigen Täuschung durch den Beklagten gerade dann nicht gesprochen werden, wenn man seinen Antrag vom 14.2.1987 sowie sein Schreiben nebst „Ergänzung zum Antrag“ und „Zusatzerklärung“ vom 20.2.1987 im Hinblick darauf, daß er alle diese Erklärungen der Klägerin zusammen zugeleitet hat, als Einheit ansieht.

Denn danach unterschied die Klägerin selbst – wie bereits dargelegt – zwischen den Begriffen „Schaden“ (in dem Antragsvordruck) sowie „Versicherungsfall“ bzw. „Schadenfall“ (in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen) und ist außerdem nach Nr. III der Besonderen Bedingungen ein „Schadenfall“ (erst) gegeben, wenn der Versicherer Zahlungen erbracht oder Rückstellungen gebildet hat (außer für Kosten). Deshalb konnte der Beklagte vertretbar davon ausgehen, daß die Klägerin diesen Begriffen auch eine jeweils unterschiedliche Bedeutung beimaß.

Zu der aufgezeigten Verwendung unterschiedlicher Begriffe durch die Klägerin tritt die Angabe des Beklagten in seinem Schreiben vom 20.2.1987, wonach der Vertrag (mit der Vorver-

sicherung) „seit Jahren im Sinne von Punkt I Nr. 2 der Besonderen Bedingungen schadenfrei“ sei. Das traf, folgt man dem Verständnis dieser Vertragsbestimmung durch die Klägerin, so für sie erkennbar nicht zu, wenn man berücksichtigt, daß der Beklagte ihr in seiner „Zusatz-erklärung“ zu der „Ergänzung zum Antrag“ – jeweils ebenfalls vom 20.2.1987 – mitteilte, der X-Versicherung im Jahr 1985 einen Schadenfall gemeldet zu haben. **Daraus hätte die Klägerin bei gebotener Sorgfalt unschwer entnehmen können, daß er den Begriff der „Schadenfreiheit“ bzw. den des „Schadenfalls“ möglicherweise anders verstand als sie.**

Die Tatsache, daß er ferner in seinem Schreiben vom 20.2.1987 deutlich zwischen dem „Beginn (seiner) Anwaltstätigkeit“, seitdem seine jetzige Berufshaftpflichtversicherung bestehe, und der „seit Jahren“ bestehenden Schadenfreiheit unterschied und den letztgenannten Zeitpunkt zudem nicht genauer festlegte – auch nicht durch die Ergänzungserklärung, in der es lediglich heißt „in der Zeit von mindestens 1.1.1983“ –, mußte für sie daher die Überlegung nahelegen, daß es vor dem von dem Beklagten nicht genau festgelegten Zeitpunkt zumindest weitere Schadenmeldungen gegeben hatte.

Unter diesen Umständen hätte die Klägerin, wie zu Recht bereits das Landgericht hervorgehoben hat, allen Anlaß zu einer Rückfrage bei dem Beklagten zwecks dahingehender weiterer Aufklärung gehabt, ohne die ihr eine sachgerechte Risikoprüfung nicht möglich war.

**Wenn die Klägerin den Antrag gleichwohl ohne eine solche, nach der Sachlage gebotene Rückfrage bei dem Beklagten annahm, kann sie nun nicht nachträglich mit Erfolg ein Anfechtungsrecht wegen Nichtangabe sämtlicher gegenüber dem Vorversicherer abgegebener Schadenmeldungen geltend machen** (vgl. dazu auch BGH, VersR 1992, 603, 604 = BGHZ 117, 385 sowie Palandt/Heinrichs, a.a.O., wonach der Versicherungsnehmer, der einen Fragenkatalog in vertretbarer Weise richtig beantwortet, in der Regel ungefragt keine weiteren Umstände zu offenbaren braucht).

## Steuerberaterhaftung

- Bilanzierungsfehler, Rechnungsabgrenzungsposten
- Forfaitierung
- Schaden
- Einwand rechtmäßigen Alternativverhaltens (OLG Düsseldorf, Urt. v. 17.4.1997 – 13 U 107/94)

### Leitsätze (d. Red.):

1. Die Bildung oder Beibehaltung eines aktiven Rechnungsabgrenzungspostens für Aufwendungen, die wirtschaftlich die Zeit vor dem Bilanzstichtag betreffen, ist unzulässig.
2. Schäden, die auch bei rechtmäßigem Verhalten eingetreten wären, sind nicht vom Schutzbereich der verletzten Pflicht umfaßt.
3. Die Beweislast für den Schadeneintritt auch bei Vorlage einer fehlerfreien Bilanz trägt der Steuerberater.
4. Der Beweis i.S. § 286 ZPO erfordert eine für das praktische Leben brauchbare Gewißheit, der Zweifeln Schweigen gebietet, ohne sie völlig auszuschließen (BGH, NJW 1989, 2948, 2949 m.w.N.).

### Zum Sachverhalt:

Der Kläger zu 1) und sein Sohn waren als Kommanditisten an der Firma ... GmbH & Co. KG in D. sowie ferner an deren Komplementärin, der ... GmbH, beteiligt. Die ... wurde nach Ablehnung eines Konkursverfahrens mangels Masse aufgelöst. Die Klägerin zu 2), die Ehefrau des Klägers zu 1), war alleinige Gesellschafterin der aus demselben Grunde aufgelösten ... GmbH in A.

Der Beklagte war Steuerberater sowohl der genannten Gesellschaften als auch der Kläger in privaten Angelegenheiten.

Im März 1985 hatte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ... KG in einem Jahresabschlußbericht zum 31.12.1984 für die Firmen ... und ... erhebliche Verluste ausgewiesen. Daraufhin kündigten die Banken die eingeräumten Kreditlinien. Ende 1985 wurden die Gesellschaften zahlungsunfähig.

Die Kläger haben behauptet, der Beklagte habe bei Erstellung der Jahresabschlüsse zum 31.12.1983 sowie bei Anfertigung der Bilanzentwürfe zum 31.12.1984 schwerwiegende



Bilanzierungsfehler begangen. Es sei eine zu hohe Gewinnausschüttung vorgenommen worden. Das habe zu überhöhten Steuerforderungen geführt und dazu, daß die Gesellschafter zu Entnahmen motiviert worden seien, die sie zur Verringerung der Steuerschuld in Steuersparmodelle investiert hätten. All dies zusammen habe den Zusammenbruch der Gesellschaften verursacht.

Bei richtiger Bilanzierung durch den Beklagten würde bei stiller Liquidierung der Gesellschaften ein Liquiditätsüberschuß verblieben sein, so daß die eingezahlten bzw. mit den Gesellschafterkonten verrechneten Kapitalanteile mit Forderungen gegenüber den Gesellschaften hätten verrechnet werden können. Bei einer (unterstellten) Fortführung der Firmen wäre nach den Grundsätzen der Unternehmensbewertung mindestens ein Gewinn in Höhe der Einlagen erwirtschaftet worden. Diese wären ihnen ohne das fehlerhafte Verhalten des Beklagten mithin in jedem Falle erhalten geblieben, so daß dieser für ihren Verlust in Höhe der Klageforderung von insgesamt 1.361.000 DM einstehen müsse.

Der Beklagte hat demgegenüber behauptet, eine andere Bilanzierung sei nicht möglich gewesen. Der alle Firmen beherrschende Kläger zu 1) habe notwendige Unterlagen trotz Aufforderung nicht zur Verfügung gestellt mit der Begründung, die erforderliche Auflistung sei zu arbeitsaufwendig. Die dadurch entstandenen Probleme bei der Bilanzierung und die Konsequenzen seien mit dem Kläger zu 1) ausdrücklich erörtert worden. Dieser habe aber entschieden, daß in der Weise, wie geschehen, bilanziert werden solle.

Die Gesellschaften der Kläger seien auch von Anfang an unterkapitalisiert gewesen; dies habe ohnehin zwangsläufig zur Illiquidität führen müssen. Bei einem bilanzierten Verlust für das Geschäftsjahr 1983, wie er im Bericht der Wirtschaftsprüfergesellschaft als richtig angesehen werde, würden die Banken die Gesellschaften schon damals als kreditunwürdig eingestuft haben, so daß der Zusammenbruch ohne weiteres eingetreten wäre.

Über voraussichtliche Gewinnerwartungen im Jahre 1984 habe er, der Beklagte, den Kläger zu 1) nicht falsch unterrichtet. Wegen mangelnder Liquidität der Gesellschaften habe er vor Investitionen in Bauherrenmodelle ausdrücklich gewarnt.

Das Landgericht hat die Klage durch Urteil vom 4.10.1990 abgewiesen. Zur Begründung hat es im wesentlichen ausgeführt, es lägen überwiegende eigene Obliegenheitsverletzungen des Klägers zu 1) vor, so daß demgegenüber Bilanzierungsfehler des Beklagten zurücktreten müßten. Außerdem fehle es an der notwendigen Kausalität zwischen Pflichtverletzung und behauptetem Schaden.

Dieses Urteil hat der Senat auf die Berufung der Kläger aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen. Wegen der Einzelheiten wird auf das Urteil vom 25.7.1991 Bezug genommen.

Die Kläger haben erstinstanzlich ergänzend vorgebracht, ein Mitverschulden an den Bilanzierungsfehlern könne ihnen nicht angelastet werden. Sie seien weder vom Beklagten auf fehlende Unterlagen hingewiesen worden noch hätten sie erklärt, diese seien nicht greifbar. Es hätte nur einer kurzen Aufbereitung nach Abruf durch den Beklagten bedurft.

Mitursächlich für den Konkurs der Gesellschaften sei auch der Kapitalabfluß durch Steuerzahlungen gewesen. Die „geschönte“ Bilanz für das Jahr 1983 habe zu einer Steuerlast von 700.000 DM geführt. Diese zu Unrecht abgeführten Steuern hätten als Kapital gefehlt, als es um die Frage des weiteren Engagements der kreditgebenden Banken gegangen sei.

Die Kläger haben beantragt, den Beklagten zu verurteilen, an den Kläger zu 1) 1.034.000 DM nebst 10 % Zinsen seit dem 15.1.1986 und an die Klägerin zu 2) 100.000 DM nebst 10 % Zinsen seit dem 15.1.1986 zu zahlen, mit der Maßgabe, daß 542.961,63 DM zuzüglich 1 % weiterer Säumniszuschläge monatlich ab dem 9.1.1989 aus 448.600 DM an das Finanzamt D. zu den Steuernummern ... zu zahlen seien. – Der Beklagte hat beantragt, die Klage abzuweisen.

Der Beklagte hat behauptet, dem Kläger zu 1) sei es durchaus recht gewesen, daß die Bilanzen „geschönt“ worden seien. Die erforderlichen Unterlagen habe er nicht erhalten. Sie seien nicht vorhanden und auch mit dem vorhandenen Personal der Kläger nicht zu beschaffen gewesen. Es sei nicht einmal eine Schätzung möglich gewesen.

Zum Kauf von Eigentumswohnungen habe er nicht geraten. Vielmehr habe er die Kläger noch unter Hinweis auf die fragwürdige Entwicklung

der Gesellschaften vor übermäßigen Entnahmen gewarnt.

Das Landgericht hat die Klage nach Durchführung einer Beweisaufnahme durch Urteil vom 19.5.1994 abgewiesen. Zur Begründung hat es im wesentlichen ausgeführt, ein Bilanzierungsfehler des Beklagten – diesen als gesichert unterstellt – sei für den Konkurs der Gesellschaften der Kläger nicht ursächlich gewesen.

Gegen dieses Urteil wenden sich die Kläger mit der form- und fristgerecht eingelegten und begründeten Berufung. Sie wiederholen und vertiefen ihr erstinstanzliches Vorbringen und beantragen, ... (Anträge ...)

#### Aus den Gründen:

##### I. ... II.

Es steht außer Streit, daß zwischen den Parteien seit dem Jahre 1974 vertragliche Beziehungen bestanden haben. Dieses Rechtsverhältnis ist als **Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragscharakter (§§ 675, 611 BGB)** zu qualifizieren. Der Beklagte wurde für die Kläger umfassend und über einen langen Zeitraum in steuerlichen Angelegenheiten tätig. Er fertigte nicht nur die jeweiligen Jahresbilanzen und Steuererklärungen an, sondern beriet die Kläger auch in allen sonstigen steuerlichen Belangen. Diese können Schadenersatzansprüche wegen fehlerhafter Bilanzierung und Beratung aber nicht erheben.

1. Nach dem Ergebnis der im ersten Rechtszug durchgeführten Beweisaufnahme steht fest, daß die angefertigten Jahresabschlüsse 1983 und die Abschlußentwürfe 1984 einen schwerwiegenden **Fehler** enthalten. Der Beklagte hat im Jahre 1983 **aktive Rechnungsabgrenzungsposten nicht aufgelöst und dadurch die Jahresergebnisse zu günstig ausgewiesen**. Die im Rahmen der notwendigen Korrektur vorgenommene Auflösung hat zu einer wesentlichen Verschlechterung des Jahresergebnisses 1984 geführt, nämlich statt des vom Beklagten angenommenen Gewinns von 320.000 DM zu einem Verlust von 973.000 DM und damit zu einer Ergebnisverschlechterung in Höhe von 1.293.000 DM.

Der Sachverständige ... hat die Abwicklung der Leasinggeschäfte durch die ... und die ... in seinem Gutachten vom 29.1.1993 wie folgt beschrieben:

„Die ... betrieb das Auto-Leasinggeschäft. Seit Dezember 1982 verkaufte die ... ihr Vermietvermögen an die ... und mietete dieses mit dem Recht der Untervermietung zurück. Die ... ihrerseits verkaufte die aus dem Mietverhältnis zwischen ihr und ... entstehenden Forderungen aus zukünftig fällig werdenden Leasingraten an die Kreditinstitute, wobei der Verkaufserlös zur Begleichung der Verbindlichkeiten aus dem Ankauf des Vermietvermögens von ... verwendet wurde (**Forfaitierung**). Die Höhe der monatlichen Leasingraten zwischen ... und ... bemas sich nach dem zu finanzierenden Betrag (Anschaffungskosten einschließlich Umsatzsteuer abzüglich Sonderzahlungen) und dem Refinanzierungssatz des jeweiligen Kreditinstituts, so daß die volle Marge aus dem Leasinggeschäft bei ... verblieb.“

In den Fällen der **Forfaitierung** sei es aber üblich, so hat der Sachverständige in seinem Gutachten weiter dargelegt, den vom Kreditinstitut gezahlten Barwert (Nominalwert abzüglich Finanzierungskosten) für die zukünftigen Leasingraten in einen **passiven Rechnungsabgrenzungsposten einzustellen und diesen, je nach Laufzeit des Vertrages, ratierlich linear aufzulösen und über die Gewinn- und Verlustrechnung zu vereinnahmen**. In dem vom Beklagten erstellten Jahresabschluß 1983 und in dem Entwurf zum 31.12.1984 seien die Abgrenzungsposten aber nicht saldiert, sondern unsaldiert ausgewiesen worden. Auf der Aktivseite habe der Beklagte die Finanzierungskosten unter der Bezeichnung „Aktive Rechnungsabgrenzungsposten“ bilanziert und unter der Bezeichnung „Passive Rechnungsabgrenzungsposten“ die Summe der zukünftig fälligen Leasingraten.

Während die ... den passiven Rechnungsabgrenzungsposten entsprechend der Laufzeit des jeweiligen Vertrages linear ratierlich aufgelöst und über die Umsatzerlöse vereinnahmt habe, sei der aktive Rechnungsabgrenzungsposten nicht ratierlich, sondern erst mit der Beendigung des Leasingzeitraumes in einer Summe aufgelöst worden. Dies habe zur Folge gehabt, daß anteilige Kosten in der Bilanz aktiviert gewesen seien. **Die Bildung oder Beibehaltung eines aktiven Rechnungsabgrenzungsposten für Aufwendungen, die wirtschaftlich die Zeit vor dem Bilanzstichtag betreffen, sei jedoch nicht zulässig.**

2. Der Beklagte kann sich nicht darauf berufen, daß auf seiten der Kläger weder die organisatorischen noch die personellen Voraussetzungen

vorgelegen hätten, um die erforderliche Auflösung vornehmen zu können. In diesem Falle wäre nach der Auffassung des Sachverständigen, der sich der Senat anschließt, eine möglichst wirklichkeitsnahe Schätzung der Auflösungsbeträge vorzunehmen gewesen.

3. Eine Ersatzpflicht des Beklagten setzt aber voraus, daß der **Schaden** der Kläger durch den Bilanzierungsfehler verursacht worden ist. Kausal in diesem Sinne ist grundsätzlich jedes Ereignis, das nicht hinweggedacht werden kann, ohne daß der Erfolg entfielen. Dieser Grundsatz bedarf in vorliegendem Falle allerdings der Korrektur. **Schäden, die auch bei einem rechtmäßigen Verhalten des Beklagten entstanden wären, fallen nicht in den Schutzbereich der verletzten Beratungspflicht. Es sind nur solche Nachteile zu ersetzen, zu deren Abwendung die verletzte Vertragspflicht übernommen worden ist** (BGH, NJW 1993, 1779, 1781 = GI 1993, 355).

Hätte auch ein pflichtgemäßes Verhalten zum Verlust der Kapitalanteile der Kläger geführt, dann träte den Beklagten keine Schadenersatzpflicht. **Dem Schädiger obliegt aber die Beweislast dafür, daß der Schaden auf jeden Fall eingetreten wäre** (BGH, NJW 1991, 166, 167). Diesen Beweis hat der Beklagte geführt.

4. Nach dem Ergebnis der im ersten und zweiten Rechtszug durchgeführten Beweisaufnahme steht fest, daß die Gesellschaften der Kläger bereits im Jahre 1983 kein Eigenkapital mehr besessen haben (a.). **Wenn vom Beklagten für 1983 eine ordnungsgemäße Bilanz angefertigt worden wäre, dann hätten die Banken ihr Kreditengagement bereits nach Vorlage dieser Bilanz, also im Jahre 1984, gelöst (b.). Bei einer stillen Liquidation der Gesellschaften wären die Eigenkapitalbeträge der Kläger nicht erhalten geblieben (c.). Schließlich hätte ein Kaufpreis in Höhe von 1.134.000 DM nicht nach den Grundsätzen der Unternehmensbewertung realisiert werden können (d.).**

a. Der Sachverständige hat in seinem Gutachten vom 29.1.1993 ausgeführt, bei einer Bilanzierung der Rechnungsabgrenzungsposten (nach der Methode ...) hätten die Jahresabschlüsse zum 31.12.1983 ein negatives Kapital von 1.160.000 DM und per 31.12.1984 ein solches von 1.006.000 DM ausgewiesen. Das Eigenkapital sei durch die Entnahmen der Gesellschafter im Jahre 1983 und durch Verluste aufgezehrt gewesen. Zum 31.12.1983 habe eine Liquiditäts-

unterdeckung von 1.555.000 DM bestanden. Auch bei Berücksichtigung der Besonderheiten des praktizierten Doppelstockmodells hätte sich kein positives Kapital ergeben. Vielmehr wäre das durch die Entnahmen geschmälerte Eigenkapital trotz der zusätzlich zu erwartenden Erträge aus der Verwertung von Leasingobjekten gegenüber der Summe der Bankschulden von 3.255.000 DM weiterhin zu gering gewesen.

b. Es steht zur Überzeugung des Senats fest, daß die Banken nach der Vorlage von nach der Methode ... für das Jahr 1983 angefertigten Bilanzen die kurzfristige Rückführung ihrer Kreditsalden verlangt hätten. **Die nach § 286 ZPO notwendige Überzeugung erfordert keine absolute oder unumstößliche Gewißheit und auch keine an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit, sondern nur einen für das praktische Leben brauchbaren Grad von Gewißheit, der Zweifeln Schweigen gebietet, ohne sie völlig auszuschließen** (BGH, NJW 1989, 2948, 2949 m.w.N.).

Dieses Maß an Gewißheit hat der Senat aufgrund der Gutachten des Sachverständigen, von dessen Kompetenz er sich im Rahmen der Anhörung ein Bild machen konnte, und den sonstigen unstreitigen Tatsachen erlangt. Der Einholung eines weiteren Sachverständigengutachtens bedarf es nicht mehr. Soweit die Kläger die Wahrheitsliebe des Sachverständigen im Hinblick auf dessen mündliche Ausführungen zur Vorlage von Unterlagen in Zweifel ziehen, weist der Senat darauf hin, daß die erstinstanzliche Anforderung von Unterlagen vom 23.12.1988 stammt. Die Kläger haben dann noch mit Schreiben vom 7.4.1989 Entwürfe einer Bilanz, eine Ergebnisrechnung sowie Erläuterungen zur Bilanz überreicht.

**Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (NJW 1992, 2891, 2892) gründet sich die Einschätzung eines Unternehmens als kreditwürdig und die daraus folgende Bereitschaft außenstehender Geldgeber, ihm Kredit einzuräumen, in der Regel auf eine Reihe verschiedener, teils gesicherter, teils noch ungesicherter Umstände interner wie externer Natur.** Die augenblickliche Eigenkapitalausstattung des Unternehmens und sein gegenwärtiger innerer Wert stellten dabei nicht selten nur einen Ausschnitt aus den Faktoren dar, die die Einschätzung des Unternehmens durch außenstehende Geldgeber als kreditwürdig beeinflussen könnten. Daneben spielten häufig eine Vielzahl weiterer Faktoren eine maßgebliche Rolle.

Dazu könnten das Vertrauen auf die hinter der Gesellschaft stehenden, sie tragenden Personen, die auf der Kenntnis ihres bisherigen finanziellen Engagements beruhende Annahme der Bereitschaft zu weiteren Investitionen in das Gesellschaftsunternehmen und die Erwartung der Unterstützung durch andere finanzielle Partner ebenso gehören wie Einschätzungen des Verhaltens der öffentlichen Hand und vor allem die Beurteilung der künftigen Erfolgsaussichten des Unternehmens, die wiederum entscheidend von der Einschätzung der von ihm hergestellten oder entwickelten Produkte bestimmt werde.

aa. Wie bereits ausgeführt, hätte der Jahresabschluß 1983 nach der Methode ... ein **negatives Kapital** von 1.160.000 DM ausgewiesen. Das Eigenkapital wäre aufgrund eines 1983 erwirtschafteten Fehlbetrages von 1.131.000 DM verbraucht gewesen.

bb. Die Auffassung der Kläger, die Banken hätten in Kenntnis der Besonderheiten des Doppelstockmodells eine positive Zukunftsprognose gestellt, teilt der Senat nicht.

Der Sachverständige ist bei der Auswertung der ihm vorgelegten Unterlagen zu dem Ergebnis gelangt, daß angesichts der ausschließlich abgeschlossenen Teilamortisationsverträge – auch unter Berücksichtigung des praktizierten Doppelstockmodells – in den Folgejahren nicht mit wesentlichen Verwertungserträgen zu rechnen gewesen sei. **Anzeichen für stille Reserven** im Fahrzeugbestand oder für Aufwandsvorverlagerungen habe er nicht feststellen können. Damit fehlt aber auch insoweit die Grundlage für eine günstige Zukunftsprognose.

cc. Daß die **kreditgewährenden Banken den Klägern noch besonderes Vertrauen entgegengebracht hätten**, wäre nicht zu erwarten gewesen. Denn bereits nach der Vorlage der Bilanz für das Jahr 1982 kam es zu erheblichen Problemen, die in dem vom Kläger zu 1) verfaßten Schreiben der ... vom 22.8.1984 an den Beklagten wie folgt beschrieben werden:

„Weiterhin hatte die ..., in der sicheren Annahme, daß die Bilanz der ... Gesellschaft gut sei, beim Regierungspräsidenten die Ausnahmegenehmigung für die Forfaitierung beantragt. Diese Forfaitierungsgenehmigung traf ein, und in mündlichen Gesprächen stellte eines der Vorstandsmitglieder mir einen Kredit von weiteren DM 1,5 Mio. in Aussicht. Nach Erhalt der Bilanz hat er seine Zusage zurückgezogen und im Ge-

gensatz dazu ... die Rückforderung aller Kredite verlangt.

Die ... AG in Köln ist uns seit vielen Jahren freundschaftlich verbunden und hatte ebenfalls eine Erhöhung unserer Kredite für Leasing-Geschäfte in Höhe von DM 2 Mio. in Aussicht gestellt. Nach Erhalt der Bilanz und einer Konferenz, die sich dem anschloß, in der dem Unterzeichner 4 Mitglieder der Geschäftsführung der ... AG gegenüber saßen, wurde jegliche weitere Ausweitung der Kredite eingestellt. Im Gegenteil, die Rückführung der uns bisher gegebenen Kredite wurde schnellstens verlangt.

Zwei andere Banken, nämlich die ... und die ..., konnten mit Mühe von ähnlichen Maßnahmen zurückgehalten werden.“

Diese Ausführungen lassen nur den Schluß zu, daß die kreditgebenden Banken den Gesellschaften der Kläger nach der Vorlage **nicht „geschönter“ Bilanzen** für das Jahr 1983 kein Vertrauen mehr entgegengebracht hätten.

dd. Es gibt auch keine Anhaltspunkte dafür, daß die Banken dem Kläger zu 1), der die Geschäfte der Gesellschaften maßgeblich beeinflusst hat, in der nach der Vorlage von Bilanzen gemäß der Methode ... eintretenden Krise noch für besonders vertrauenswürdig gehalten hätten. Der Sachverständige hat in seinem Ergänzungsgutachten vom 8.10.1996 hervorgehoben, es hätte schon einer äußerst positiven Einschätzung der **persönlichen Kreditwürdigkeit der Kläger** bedurft, um die negative Beurteilung der Gesellschaften zu kompensieren. Der Kläger zu 1) war aber zu weiteren Investitionen in die Gesellschaften nicht mehr in der Lage. Dieser, aber auch die übrigen Gesellschafter, haben ja in der Krisensituation die Forderungen der Gesellschaften nicht begleichen können.

ee. Eine Unterstützung durch die anderen noch bestehenden Gesellschaften wäre nicht zu erwarten gewesen. Was die Autovermietung ... GmbH & Co. KG anbelangt, so hatte der Beklagte im Schreiben vom 29.11.1983 an den Notar ... angeregt, diese Firma möglichst ohne Konkurs schnellstens zu liquidieren.

ff. Auch die in den Bilanzen 1983 ausgewiesenen Guthaben von insgesamt 693.495,53 DM hätten die Banken nicht veranlaßt, ihr Engagement aufrechtzuerhalten. Denn die nach den Bilanzen 1984 vorhandenen Guthaben von immerhin 529.600 DM führten ebenfalls nicht zu

einer positiven Beurteilung der Kreditwürdigkeit der Gesellschaften.

c. Auch bei einer **stillen Liquidation** wären die Kapitaleinlagen der Kläger nicht erhalten geblieben. Zu dieser Überzeugung gelangt der Senat in Anlehnung an das Gutachten des Sachverständigen vom 29.1.1993. Zwar wäre bei einer Abwicklung aller Gesellschaften in den Jahren 1985 bis 1988 ein Überschuß von 900.000 DM entstanden, der auch den Verlust der ... aus 1984 ausgeglichen hätte. Um aber das Eigenkapital zu sichern, hätten neben dem Verlustausgleich von 901.000 DM (...) und von 72.000 DM (...) zusätzliche Erträge von mindestens 1.170.000 DM erwirtschaftet werden müssen. Daß dies gelungen wäre, ist aber nicht ersichtlich.

d. Die Kläger hätten schließlich einen Kaufpreis in Höhe der verbliebenen Klageforderung nicht nach den **Grundsätzen der Unternehmensbewertung** realisieren können.

In seinem Ergänzungsgutachten vom 8.10.1996 hat der Sachverständige ausgeführt, die Bewertung eines Unternehmens erfolge üblicherweise nach der **Ertragswertmethode**. Der nachhaltig erzielbare Zukunftsertrag werde meist aus dem Durchschnitt der drei bis fünf bekannten und darauf aufbauend auf dem zukünftigen, wahrscheinlich eintretenden Jahresergebnis berechnet. Der Wert einer Unternehmung bestehe somit in der Fähigkeit, Überschüsse zu erzielen. Als nachhaltig erzielbarer Durchschnittsertrag seien bei der ... 12.000 DM anzusetzen. Es sei aber üblich, so heißt es im Gutachten des Sachverständigen vom 29.1.1993, die Jahre zu gewichten, wobei den nächst zum Bewertungsstichtag liegenden Jahren höhere Gewichtung zugemessen werde. Das führe hier zu einer weiteren Verschlechterung des Ertrages.

Der Unternehmenswert werde auch wegen des hohen Verlustes des Jahres 1984 wesentlich gemindert. Es wäre zwar denkbar, daß die Gesellschaften in den Folgejahren Überschüsse von 81.660 DM erwirtschaftet hätten. Von einem potentiellen Käufer wäre aber der hohe Verlustvortrag von 901.000 DM berücksichtigt worden. Schließlich hätten die Kläger vor einer Veräußerung die in nahezu der Höhe der Klageforderung bestehenden Gesellschaftsforderungen ausgleichen müssen. Wenn das wegen fehlender Mittel nicht möglich gewesen wäre, hätte eine Verrechnung gegen die Kapitalkonten der Kläger oder gegen die Kaufpreiszahlung

stattgefunden. Einen nennenswerten Kaufpreis hätten die Kläger bei dieser Sachlage nicht zu erzielen vermocht.

### III.

Die Kläger können nicht einwenden, das Eigenkapital wäre positiv geblieben, wenn der Beklagte ihnen nicht Gewinne vorgespiegelt und den Kläger zu 1) veranlaßt hätte, in Steuersparmodelle zu investieren. **Zu Recht weist der Beklagte darauf hin, daß die von ihm erstellte (fehlerhafte) Bilanz zum 31.12.1983 die Entnahmen des Jahres 1983 - schon vom zeitlichen Ablauf her gesehen - nicht ausgelöst haben könnte.** Denn ein Bilanzentwurf ist dem Kläger zu 1) erst mit Schreiben des Beklagten vom 16.10.1984 übermittelt worden.

Die Behauptung der Kläger, vor dem Abschluß der Verträge vom 19.9.1983 und 27.9.1983 betreffend die Objekte ... sei vom Beklagten für das Jahr 1983 ein positiver Gewinn prognostiziert und die Investition in Steuersparmodelle für zweckmäßig erachtet worden, ist widerlegt.

1. Die Kläger legen schon nicht substantiiert dar, wie der Beklagte im September 1983 in der Lage sein konnte, Gewinnprognosen für das laufende Jahr abzugeben. Der Beklagte behauptet, die Erstellung der Buchhaltung habe nicht zu seinen Aufgaben gehört. Ob dies zutrifft, kann dahinstehen. In dem Schreiben vom 22.8.1984 wirft der Kläger zu 1) dem Beklagten jedenfalls vor, die an sich vorgesehene monatliche Überprüfung der Buchhaltung bei der ... durch Mitarbeiter des Beklagten sei „seit Jahren“ nicht durchgeführt worden.

Der Zeuge hat in diesem Zusammenhang ausgesagt, die Einschätzung der Gewinnerwartung sei das Problem gewesen. **Die Buchhaltung habe sich nicht auf dem aktuellen Stand befunden, so daß aus ihr keine zuverlässigen Prognosen hätten abgeleitet werden können.** Wenn über Gewinne Prognosen gemacht worden seien, so hätten diese vom Kläger zu 1) gestammt.

Bei dieser Sachlage ist der Senat davon überzeugt, daß der Beklagte den Klägern in der zweiten Hälfte des Jahres 1983 nicht die Erzielung erheblicher Gewinne angekündigt hat. In dieser Überzeugung wird der Senat auch durch den Inhalt des bereits erwähnten Schreibens des Beklagten vom 29.11.1983 an den Notar bestärkt. Darin heißt es auszugsweise:

„Die ... GmbH & Co. KG ist im Gegensatz zur Autovermietung wesentlich rentabler, und es war von der Geschäftsleitung erwartet worden, daß über die von Jahr zu Jahr z.T. erheblich ausgeweiteten Umsätze auch steigende Gewinne sich abzeichnen würden. Dies ist, wie die Bilanzen ausweisen, nicht eingetreten, so daß der Verlust aus der Autovermietung nicht durch eine Finanzhilfe entscheidenden Umfangs abgedeckt werden kann, wohl auch nicht in 1983.“

Schließlich kann auch die Tatsache, daß der Beklagte für das Jahr 1983 eine Bilanz vorgelegt hat, die für die ... einen Jahresgewinn von 633.000 DM auswies, nicht als Indiz für positive Gewinnprognosen des Beklagten im Laufe des Jahres 1983 gewertet werden. Denn der Zeuge hat erstinstanzlich ausgesagt, der Kläger zu 1) sei darüber informiert worden, **daß das Bilanzergebnis 1983 besser aussehe, als es in Wirklichkeit hätte sein dürfen.**

2. Was die **angebliche Empfehlung des Beklagten** anbelangt, **in Immobilienanlagen zu investieren**, tragen die Kläger widersprüchlich vor. Am 19.9.1983 habe, so wird dargelegt, im Büro des Beklagten ein Gespräch stattgefunden. Schon vor dieser Unterredung seien zwischen dem Kläger zu 1) und dem Beklagten die Einzelheiten des ersten Kaufvertrages besprochen worden. In der vom Kläger zu 1) angefertigten Aktennotiz vom 3.10.1983 heißt es dagegen, am 22.9.1983 sei der Beklagte zu einem Gespräch über die Ertragslage im Büro der Kläger erschienen. Dabei habe der Beklagte auch von Eigentumswohnungen in einem Objekt in H. berichtet und wegen der Einzelheiten an den Zeugen verwiesen. Bei diesem Gespräch habe der Kläger zu 1) erfahren, daß von seinem Sohn bereits am 19.9.1983 eine Wohnung in der ... gezeichnet worden sei.

Der Senat läßt dahingestellt, ob der Sohn ohne die Kenntnis des Klägers zu 1) vermeintliche Gewinne der ... investiert hat. Es bleibt der Widerspruch im Vorbringen der Kläger, zu welchem Zeitpunkt der Kläger zu 1) über das Objekt informiert worden sein soll. Wie dem auch sei: Der Zeuge, an den der Kläger zu 1) vom Beklagten verwiesen worden ist, hat bei seiner Vernehmung vor dem Senat ausgesagt, er habe geprüft, was der Erwerb von Eigentumswohnungen für den Kläger zu 1) bringen könne. Da die Kosten nicht abzusetzen gewesen seien, habe er, der Zeuge, vom Kauf abgeraten. Der Kläger zu 1) habe aber zu verstehen gegeben, daß ihm das egal sei. Er sehe die Möglichkeit, die Kosten später

als Verlustvorträge geltend machen zu können. Die Aussage des Zeugen wird bestätigt durch den Zeugen ... Auch dieser hat bekundet, in den Jahren 1982/1983 sei die Situation der Firmen der Kläger nicht so gewesen, um Immobilienanlagen steuerlich rechtfertigen zu können. Der Kläger zu 1) habe aber erklärt, Investitionen in Immobilien könnten auch ohne Steuereffekt lohnend sein.

#### IV.

Die Kläger wenden auch ohne Erfolg ein, bei ordnungsgemäßer Bilanzierung wären erhebliche Steuervorauszahlungen nicht fällig geworden. Der Sachverständige hat hierzu in seinem Ergänzungsgutachten vom 8.10.1996 ausgeführt, Steuern für 1982/1983 von insgesamt 127.524 DM hätten nicht gezahlt werden müssen oder wären früher zurückerstattet worden, wenn die Verlustsituation bereits im Jahresabschluß 1983 dargestellt worden wäre. Die Liquidität der Gesellschaften hätte sich mithin um diesen Betrag verbessert. Eine wesentliche Veränderung wäre damit aber nicht eingetreten, weil die Unterdeckung immer noch 1.292.000 DM betragen hätte. Wenn die Kläger in diesem Zusammenhang vorgetragen haben, sie hätten eine Steuerrückerstattung von ca. 700.000 DM erwirkt, so kann es folglich nicht allein um den hier interessierenden Zeitraum gehen.

## GI Leitsätze

### Werbeverbot, § 57a StBerG / Informationsbrief / Unaufgeforderte Versendung

1. Versendet ein Steuerberater unaufgefordert einen Informationsbrief an einen überschaubaren Personenkreis mit dem Hinweis, für weitere Informationen gern zur Verfügung zu stehen, so stellt dies einen Verstoß gegen das Verbot der Einzelfallwerbung gem. § 57a StBerG dar. Der Rechtsprechung des OLG Stuttgart (Urteil vom 21.3.1997, WPK-Mitt. 1/1998, S. 73), wonach nur die Werbung um ein konkretes, dem Werbenden bereits bekanntes Mandat verboten sein soll, ist nicht zu folgen.

2. Bei Zweifeln an der Zulässigkeit eines bestimmten Werbeverhaltens ist die zuständige Berufskammer zu befragen, da sie die für die Berufsaufsicht zuständige Stelle ist. (LG Hamburg, Beschl. v. 6.3.1998 - 651 StL 27/97, WPK-Mitt. 1998, 168)

### **Zulassung zum vBP/WP/ Anstellung als Verbandsgeschäftsführer**

1. Die Unvereinbarkeit des Berufs des vereidigten Buchprüfers/Wirtschaftsprüfers mit der Tätigkeit aufgrund eines Anstellungsvertrages gemäß § 43a Abs. 3 Nr. 2 WPO (hier: Anstellung bei einem Interessenverband der gewerblichen Wirtschaft) ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden.
2. Ein von der Öffentlichkeit anerkanntes und funktionierendes Prüfungswesen hat für die Stellung der Handelsgesellschaften in Recht und Wirtschaft den Rang eines besonders wichtigen Gemeinschaftsgutes.
3. Die am Wirtschaftsleben beteiligten Kreise müssen im Interesse einer verlässlichen Abschlußprüfung auf die unabhängige, eigenverantwortliche und unparteiische Berufsausübung der vBP/WP vertrauen können. Ein außerberufliches Anstellungsverhältnis i.S.d. § 43a Abs. 3 Nr. 2 WPO steht der unabhängigen Berufsausübung entgegen. Die Berufsausübung bedingt, sich den sachlich gerechtfertigten Anforderungen an den Beruf zu beugen und bei der Berufswahl hierauf einzustellen.  
(BVerwG, Urt. v. 26.8.1997 - BVerwG 1 C 1.96, WPK-Mitt. 1998, 166)

### **Prozeßvollmacht ohne Namen / Benennung im Schriftsatz**

Ist eine Vollmachtsurkunde, die lediglich den Namen des Bevollmächtigten nicht enthält, einem Schriftsatz beigeheftet, der den Rechtsstreit genau bezeichnet und in dem sich der Prozeßbevollmächtigte als solcher benennt, so bestehen in der Regel auch ohne einen ausdrücklichen Hinweis im Schriftsatz auf die beigefügte Prozeßvollmacht keine Zweifel an der Bevollmächtigung des im Schriftsatz angegebenen Prozeßbevollmächtigten.  
(BFH, Urt. v. 29.7.1997 - IX R 20/96, WPK-Mitt. 1998, 171)

### **Versicherungsschutz / Bewußt pflichtwidriges Verhalten / Abweichen von genehmigtem Bauplan**

1. Beginnt der versicherte Architekt ohne die erforderliche Genehmigung der Baubehörde mit den Bauarbeiten bzw. läßt diese ausführen oder weicht er von den genehmigten Bauplänen ab, ist von einem bewußt pflichtwidrigen Verhalten auszugehen, für das nach Ziff. IV 8 BBR/Arch. kein Versicherungsschutz besteht.

2. Verstößt der versicherte Architekt gegen Regeln, die zum „Primitivwissen“ eines jeden Architekten gehören (hier: Abweichen vom genehmigten Bauplan), so ist nach der Lebenserfahrung von einem bewußten Verstoß auszugehen.  
(OLG Saarbrücken, Urt. v. 15.4.1992 - 5 U 105/88, r+s 1992, 336)

### **Ersatzzustellung / StB / Familienangehörige**

Eine Familienangehörige, die außer als Botin und Raumpflegerin auch Schreibarbeiten in der Kanzlei eines Steuerbevollmächtigten erledigt, ist „Gehilfe“ im Sinne des § 183 ZPO.  
(BFH, Beschl. v. 4.6.1997 - IV R 79/96, BFH/NV 1998, 2)

## **GI Hinweis**

**Die Centrale für GmbH legt eine Neuerscheinung von Eilers und Sieger, Die Finanzierung der GmbH durch ihre Gesellschafter, Zivilrecht, Steuerrecht vor.**

Das Werk faßt die vielfältigen zivil-, gesellschafts-, handels- und steuerrechtlichen Fragestellungen zusammen.

Behandelt werden Themen wie z.B. die Formen der GmbH-Finanzierung, insbesondere die Gewährung und Rückzahlung von Gesellschafterkrediten, die Sachkapitalerhöhung aus Gesellschafterdarlehen, die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln im Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren, die Gewährung von Kreditsicherheiten durch Gesellschafter für Fremdkredite, die Nutzungsüberlassung durch den Gesellschafter, Gesellschafterdarlehen, Gesellschaftersicherheiten und Nutzungsüberlassungen in der Krise der GmbH. Ein besonderes Kapitel gilt der grenzüberschreitenden Gesellschafterfremdfinanzierung.

Das Buch orientiert sich an den Bedürfnissen der Praxis und ist mit zahlreichen Beispielen, Musterverträgen und Musterformulierungen ausgestattet. Die zusammenfassende und übergreifende Erörterung der GmbH-Finanzierung macht das Werk zu einem guten Hilfsmittel für alle Berater von GmbHs.

(Eilers/Sieger, Die Finanzierung der GmbH durch ihre Gesellschafter, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 174 Seiten, DM 78,-, für Mitglieder der Centrale für GmbH DM 68,-, ISBN 3-504-63075-7)

# Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-8

## Abschlußprüfung

- Bestandsaufnahme, Anwesenheitspflicht? 98, 72
- Bilanzmanipulation 98, 72
- Dritthaftung 98, 20
- Steuerberatung, Mitwirkungsverbot 98, 40

## Abtretung

- Auszahlungsanspruch aus Anderkonto 98, 138

## Anderkonto

- Auszahlungsanspruch
  - = Abtretung des > 98, 138
- Pfändung 98, 138

## Anerkenntnis

- Verjährungsunterbrechung, § 208 BGB
  - = Information des Versicherers 98, 148

## Auskunftsvertrag

- Schaden
  - = Vermögensdisposition 98, 34
- Telefonauskunft ohne Honorar 98, 123
- Vorsteuererstattung 98, 34

## Auslegung

- Vertragswortlaut 98, 63

## Belehrungspflicht des RA

- Ausgleichsanspruch, Auslandsvertreter 98, 107
- Beurkundung, notarielle 98, 58
- Gefahren, wirtschaftliche 98, 63

## Belehrungspflicht des StB/WP

- Auftragsinhalt
  - = Beratung, betriebswirtschaftliche 98, 69
- Bankgespräch, Hinzuziehung zu Belehrungspflicht 98, 9
- Belehrungsbedürftigkeit, fehlende
  - = Familienvertrag 98, 173
- >, ungefragte
  - = Dauermandat, Gestaltungsmöglichkeiten 98, 31
- Familienvertrag
  - = Durchführung des > 98, 173
- Grundstückshandel, gewerblicher 98, 9
- Mietvertrag 98, 95
- Rechtsberatung 98, 95
- Verlustrechnung 98, 31
- Wirtschaftsberatung 98, 69

## Beratung

- Umfang 98, 9

## Berufshaftpflichtversicherung

- Rechtsanwalt
  - = Einkommen, geringes 98, 190
  - = Kanzlei in Italien 98, 29

## Berufungsbegründung

- Darlegungslast 98, 168
- Streitgegenstände, mehrere 98, 168

## Berufungsbegründungsfrist

- Fehler, offenkundige 98, 163
- Verlängerung, mündliche 98, 93
- Wiedereinsetzung 98, 3, 114

## Berufungsfrist

- Parteibezeichnung, irrtümliche 98, 143
- Parteiwechsel, gewillkürter 98, 143
- Urteilszustellung, unvollständige 98, 142

## Berufungsschrift

- Falschbezeichnung, erkennbare 98, 143

## Beschwerde, § 15 BNotO

- > wg. Anderkonto 98, 138

## Beweis, § 286 ZPO

- 98, 198

## Beweislast

- Aufklärung/Belehrung, unterlassene
  - = Anscheinsbeweis 98, 36
- Erfüllung, Buchführungsvertrag 98, 67
- Schaden
  - = Alternativverhalten, rechtmäßiges 98, 198
  - = Auskunft, fehlerhafte 98, 34
- Zugang bei Gericht 98, 61

## Bilanzerstellung

- Buchfälschung des Mandanten 98, 72
- Rechnungsabgrenzungsposten 98, 198

## Buchführungsauftrag

- Erfüllung des > 98, 67

## Darlegungslast

- Prozeßführungsfehler 98, 170

## Dritthaftung

- Prüfungsauftrag 98, 72
- Vermögensaufstellung 98, 149
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
  - = Prüfungsauftrag 98, 8

## Familienverträge

- Mietvertrag mit Angehörigen
  - = Durchführung des > 98, 173

## Freie Mitarbeiter

- Honoraranspruch 98, 16
- Wettbewerbsverbot 98, 16

## Fristenkontrolle

- Aktenvorlage 98, 45
- Ausgangskontrolle 98, 166
- = Postausgangsfach 98, 22
- Ausnutzung der Frist 98, 43
- Bote
  - = Weisung 98, 19
- Eingangsstempel 98, 61
- Fristenkontrollbuch
  - = Friststreichung 98, 20, 22
- >, doppelte 98, 191
- >, überobligationsmäßige 98, 191
- Fristenüberwachung durch RA
  - = > vor Aktenvorlage 98, 191
  - = > bei Vorfristablauf 98, 43
- Fristlöschung 98, 166
- Fristversäumnis, unverschuldetes
  - = Brief an unzuständiges Gericht 98, 165
  - = Falschadressierung 98, 77
  - = Postlaufzeit, DB-Fahrplanwechsel 98, 24
  - = Weiterleitung durch Gericht 98, 165
- Hörfehler 98, 161
- Organisationsanweisung
  - = Darlegung, schlüssige 98, 25
- Parteibezeichnung, irrtümliche 98, 143
- Rechtsmittelauftrag an Kollegen 98, 161
- Telefax, Telebrief
  - = OK-Vermerk, Sendebericht 98, 166
- Vorfrist 98, 43
- Weisung an Bürokräft
  - = Eindeutigkeit 98, 19
- Zustellung, unvollständige 98, 142

## Gesamtvollstreckung

- Abtretung, Wirkung der > 98, 138
- Vormerkung nach Konkurseröffnung 98, 138



**Geschäftsgrundlage**

- Vergleich, Rechtsirrtum 98, 36

**GI Aktuell**

- Arbeitgeberhaftung, Lohnsteuer 98, 23
- Arbeitsmittel 98, 54
- Arbeitszimmer
  - = Höchstbetrag 98, 54
- Bausparkassen, vereinnahmte Abschlußgebühren 98, 132
- Bewirtungskosten, Journalisten 98, 82
- Bilanzveröffentlichung 98, 24
- Doppelte Haushaltsführung 98, 81
- Gemeinnützigkeit, Förderverein Motorsport 98, 28
- Gemeinnützigkeit, Konkurrentenklage 98, 28
- Gewerbesteuer, Goldschmied 98, 160
- Grunderwerbsteuer 98, 160
- Kindergeld, Auszahlung 98, 184
- Kosten künstlicher Befruchtung 98, 2
- Landesabfallabgabengesetz 98, 152
- Notar, Beurkundung im Ausland 98, 132
- Patentgebühren, Rechtsberatung? 98, 80
- Postversand, Verrechnungsschecks 98, 178
- Prozeßunterbrechung, Auslandskonkurs 98, 106
- Sozietät RA/WP 98, 158
- Trinkgelder, Lohnsteuer 98, 23
- Umsatzsteuer
  - = Abwasserbeseitigung 98, 178
- Verfassungsbeschwerde, Mißbrauchsgebühr 98, 54
- Vermietung, Liebhaberei 98, 2
- Verpackungsteuer, kommunale 98, 152
- Zwei-Konten-Modell 98, 28

**GmbH**

- Kapitalerhöhungsschwindel 98, 153

**Grundstückshandel**

- Mehrfamilienhaus, Privatvermögen 98, 9

**Honoraranspruch des RA**

- Gebührenvereinbarung 98, 55
- Herabsetzung des >, § 3 Abs. 3 BRAGO 98, 55
- Sittenwidrigkeit 98, 55

**Honoraranspruch des StB**

- Einnahme-/Überschußrechnung
  - = > wg. Einkünften aus Kapitalvermögen 98, 147
  - = > wg. nichtselbstständiger Arbeit 98, 147
- Freie Mitarbeiter 98, 16
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV
  - = Bestimmungsrecht, Festlegung 98, 46
- Kündigung des StB-Vertrages 98, 170
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV
  - = Änderung, nachträgliche 98, 46
  - = >, niedrige 98, 46
- Schlechtleistung 98, 170
- Vorschriftspflicht 98, 170

**Insolvenzanfechtung**

- Sicherungsübereignung
  - = > an RA und StB 98, 146

**Inventur**

- Anwesenheit des Abschlußprüfers 98, 72

**Investitionszulage**

- Auftrag zur Beantragung der > 98, 77
- Unterschrift 98, 77, 154
- Vordruck, amtlicher 98, 153

**Kausalität**

- Beratungsfehler, fehlende Mandanteninformation 98, 133
- Fehler des Gerichts 98, 133

- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden
  - = Verhalten, beratungskonformes 98, 63, 107
- Schutzzweck
  - = Auskunftsfehler 98, 34
- Unterbrechung der >
  - = Rücksichtnahme gg. Arbeitnehmer 98, 115
- Ursachenkette 98, 133

**Konkursverwalter**

- Haftung
  - = Umsatzsteuer, Checkliste 98, 101
- Prozeßunterbrechung, Auslandskonkurs 98, 106

**Lohnsteuerhaftung**

- Erstattung vom Arbeitnehmer 98, 115

**Mitverschulden**

- Erfüllungsgehilfe des Mandanten 98, 36

**Nachbesserung**

- Recht des StB 98, 115

**Notar**

- Anderkonto
  - = Auszahlungsanspruch 98, 138

**Parteiverrat, § 356 StGB**

- Mandat, neues 98, 97

**Pfändung**

- Auszahlungsanspruch, Anderkonto 98, 138

**Praxisveräußerung**

- Jahresumsatz
  - = DATEV-Anteil 98, 99

**Prozeßauftrag**

- Fehler, Darlegungslast 98, 170

**Prozeßvollmacht**

- Name des Vertreters, fehlender 98, 205

**Rechtsanwalt**

- Berufsbezeichnung
  - = Versicherungsberater 98, 24
- Kanzleisitz Italien 98, 29
- Sachverhaltsermittlung 98, 133
- Tätigkeitsschwerpunkt
  - = Forderungseinzug 98, 25
- Unterhaltsklage
  - = Abänderungsklage 98, 133
- Vergleich, ungünstiger 98, 133
- Zugewinnausgleich, Abfindung 98, 36
- Zwangsvollstreckung, verzögerte 98, 117

**Rechtsberatung/Rechtsbesorgung**

- Mietvertrag 98, 95
- Mitarbeiter-Beteiligungsmodell 98, 69
- Rechtsberatungsgesetz
  - = Schutzgesetz, § 823 Abs. 2 BGB 98, 69
- Vertragserstellung
  - = Wirtschaftsberatung 98, 69
- Wiederholungsabsicht 98, 69
- Wirtschaftsberatung 98, 188
- Wirtschaftsprüfer
  - = Rückübertragungsansprüche 98, 184

**Rechtsmittelauftrag**

- Angaben 98, 161

**Rechtsprechungsänderungen**

- Wiedereinsetzung
  - = Postweiterleitung 98, 165

**Sachverhaltsermittlung**

- > durch RA
  - = > wg. Vorprozeß 98, 133

#### Schaden

- Anspruch gegen Dritte 98, 36
- Auskunft, fehlerhafte 98, 34
- Eigentumswohnungen, Aufteilung in > 98, 9
- Gewinn, entgangener 98, 63
- Lohnsteuerhaftung 98, 115
- Schutzbereich der Pflichtverletzungen 98, 198
- Zinsschaden, Steuererklärungsfrist 98, 12

#### Selbstanzeige

- BP-Ergebnis, Anerkennung des > 98, 153
- OWiG-Verfahren 98, 77

#### Sozietät

- Gemischte > 98, 117
- = Haftung für Anwaltsfehler 98, 117
- Sozius, neuer 98, 117

#### StB-GmbH

- Haftung für Geschäftsführerhandeln, § 31 BGB 98, 48

#### Steuerberatungsvertrag

- Bankgespräch 98, 9
- Gefälligkeit 98, 123
- Inhalt des > 98, 69
- = Beratung, betriebswirtschaftliche 98, 123
- Telefonauskunft 98, 123

#### Steuererklärung

- Prüfung der tatsächlichen Angaben 98, 153
- Unterzeichnung der > 98, 153

#### Steuerfahndung

- Beschlagnahmefugnis 98, 77
- = nach Verfolgungsverjährung

#### Steuergestaltungsberatung

- >, ungefragte 98, 31
- Verlustverrechnung 98, 31

#### Steuerhaftung

- > des Konkursverwalters 98, 102
- = Umsatzsteuer, Checkliste

#### Steuerhinterziehung

- Feststellungen des Gerichts 98, 153
- Steuerfahndungsbericht 98, 153

#### Telefax/Telebrief

- Ausgangskontrolle 98, 166
- Zugangsnachweis 98, 166
- = OK-Vermerk, Sendebericht

#### Telefonauskunft

- ohne Honorar 98, 123

#### Testat

- (s. auch Bestätigungsvermerk)
- Bilanzfälschung 98, 72
- Ergänzung des > 98, 72
- Verantwortungsbereich 98, 72, 149

#### Treuhänder

- Auftragsinhalt 98, 174
- Auszahlungsprüfung 98, 174
- Bautenstand 98, 174
- Verflechtungen 98, 174

#### Verfassungsbeschwerde

- Mißbrauchsgebühr 98, 54

#### Vergleich

- Geschäftsgrundlage, Rechtsirrtum 98, 36

#### Verjährung, § 51 BRAO

- Verjährungsbeginn 98, 83
- = Prozeßfehler

#### Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO

- Arglistenwand 98, 86
- Belehrungspflicht über Fehler in eigenen Arbeiten und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch 98, 124
- = Anlaß für > 98, 124
- = Ende der >, anwaltliche Beratung 98, 124
- = Ende der >, Beratung durch StB/Rechtsbeistand 98, 124
- = Kausalität für Verjährungseintritt 98, 124
- = Verletzung, schuldhaft, der > 98, 124
- Verjährungsbeginn 98, 83, 86
- = Folgefehler, 98, 86
- = Folgeschäden 98, 185
- = Fristversäumnis 98, 86
- = Klage, aussichtslos 98, 83
- = Prozeßfehler 98, 86, 185
- = Rechtskraft des Steuerbescheides 98, 83
- = zwei Fehler 98, 83
- Verjährungshemmung 98, 185
- = Vorprozeß

#### Versicherungsschutz

- Angaben zu Vorschäden 98, 194
- Pflichtverletzung, wissentliche = „Primitivwissen“ 98, 205
- Rechtsschutzversicherung = > für Vorstand 98, 82
- Versichererwechsel 98, 194

#### Vollmacht

- Vorlage, Fristsetzung 98, 106

#### Vorteilsausgleichung

- Voraussetzung, Schaden 98, 34

#### Werbeverbot

- Forderungseinzug 98, 25
- Informationsbrief 98, 204
- Praxisveranstaltung 98, 184

#### Wettbewerbsverbot

- Freie Mitarbeiter 98, 16

#### Wiedereinsetzung

- Antrag 98, 25
- = Darlegung, schlüssige 98, 6
- = Frist 98, 106
- = Fristbeginn 98, 25
- = Organisationsanweisungen 98, 6
- = Sachvortrag, unvollständiger 98, 82
- = Sachvortrag wg. Faxfehler
- Berufungsbegründungsfrist (s. dort)
- Weiterleitung an zuständiges Gericht 98, 165

#### Wirtschaftsprüfer

- Rechtsberatung 98, 188
- = Gesellschaftsvertragsänderung 98, 184
- = Rückübertragungsanspruch 98, 188
- = Wirtschaftsberatung
- Zulassung 98, 205
- = Anstellung, Verbandsgeschäftsführer

#### Zugang

- Beweis des > 98, 61
- Eingangsstempel 98, 61

#### Zugewinnausgleich

- Abfindungsanspruch, arbeitsrechtlicher 98, 36

#### Zustellung

- Ersatzzustellung 98, 205
- = Familienangehörige des Steuerberaters 98, 142
- Urteilsseite, fehlende

BVerfG v. 11.7.1997 – 2 BvR 7/92 [2. Kammer] = wistra 97, 297	98, 77	OLG Düsseldorf v. 13.2.1997 – 13 U 10/96	98, 124
BVerfG v. 29.10.1997 – 1 BvR 780/97	98, 81	OLG Düsseldorf v. 27.2.1997 – 13 U 8/96	98, 170
BVerfG v. 5.1.1998 – 2 BvR 2198/97	98, 54	OLG Düsseldorf v. 17.4.1997 – 13 U 107/94	98, 198
BVerfG v. 29.5.1998 – 1 BvR 1773/96	98, 159	OLG Düsseldorf v. 17.4.1997 – 13 U 9/96	98, 67
		OLG Düsseldorf v. 24.4.1997 – 13 U 65/96	98, 99
BVerwG v. 26.8.1997 – BVerwG 1 C 1.96 = WPK-Mitt. 98, 166	98, 205	OLG Düsseldorf v. 24.4.1997 – 13 U 108/96	98, 148
		OLG Düsseldorf v. 15.5.1997 – 13 U 8/96	98, 147
BGH v. 18.11.1996 – AnwZ (B) 25/96 = NJW-RR 97, 696	98, 190	OLG Düsseldorf v. 23.10.1997 – 13 U 227/96	98, 115
BGH v. 14.1.1997 – VI ZB 24/96 = NJW 97, 1311 = VersR 97, 598	98, 45	OLG Frankfurt v. 18.9.1997 – 15 U 112/96	98, 117
BGH v. 13.2.1997 – III ZR 285/95 = NJW 97, 1309 = VersR 97, 643	98, 3	OLG Hamm v. 22.9.1995 – 25 U 2/95	98, 69
BGH v. 27.2.1997 – I ZB 50/96 = NJW 97, 1708 = VersR 97, 767	98, 6	OLG Hamm v. 15.11.1995 – 25 U 157/94	98, 16
BGH v. 21.4.1997 – II ZR 317/95 = WPK-Mitt. 97, 240 = NJW 97, 2178 = BGHZ 135, 260	98, 40	OLG Hamm v. 15.5.1996 – 25 U 54/95	98, 9
BGH v. 15.5.1997 – IX ZR 167/96	98, 55	OLG Hamm v. 6.11.1996 – 25 U 47/96	98, 95
BGH v. 15.5.1997 – 5 StR 45/97 = wistra 97, 302	98, 153	OLG Hamm v. 8.11.1996 – 25 U 188/95	98, 12
BGH v. 26.5.1997 – AnwZ (B) 64/96	98, 25	OLG Hamm v. 5.12.1997 – 25 U 55/97 – vgl. v. 13.12.1995 = GI 96, 117	98, 173
BGH v. 26.5.1997 – AnwZ (B) 65/96	98, 24	OLG Jena v. 29.7.1997 – 1 Ss 318/96 = wistra 98, 73	98, 153
BGH v. 27.5.1997 – VI ZB 10/97 = NJW 97, 2825 = VersR 97, 1252 = AnwBl 97, 622	98, 43	OLG Karlsruhe v. 11.4.1997 – 2 Ss 259/96 = wistra, 97, 315	98, 97
BGH v. 28.5.1997 – III ZR 277/95 = BB 97, 1685	98, 8	OLG Karlsruhe v. 3.9.1997 – 1 U 60/97	98, 185
BGH v. 10.7.1997 – IX ZB 57/97 = VersR 97, 1552 = BB 97, 2024	98, 20	OLG Koblenz v. 28.10.1997 – 4 U 759/97, n. rkr. = AnwBl 98, 223	98, 188
BGH v. 12.8.1997 – VI ZB 22/97 = VersR 98, 77 = MDR 97, 1051	98, 19	OLG Oldenburg v. 18.9.1997 – Ss 335/97 = wistra 98, 71	98, 153
BGH v. 9.9.1997 – IX ZB 80/97 = NJW 97, 3446 = VersR 98, 254	98, 22	OLG Saarbrücken v. 15.4.1992 – 5 U 105/88 = r+s 92, 336	98, 205
BGH v. 18.9.1997 – IX ZR 49/97	98, 58	OLG Saarbrücken v. 23.8.1996 – 10 O 226/93	98, 174
BGH v. 22.10.1997 – VIII ZB 33/97	98, 93	OLG Schleswig v. 30.1.1998 – 1 U 108/97	98, 123
BGH v. 30.10.1997 – VII ZB 19/97	98, 61	LG Braunschweig v. 5.9.1997 – 5 O 80/97, n. rkr.	98, 149
BGH v. 13.11.1997 – VII ZR 199/96	98, 168	LG Dresden v. 21.1.1997 – 41 O 680/97 = AnwBl 98, 221	98, 184
BGH v. 13.11.1997 – IX ZR 37/97 = NJW 98, 749 = WM 98, 297	98, 36	LG Frankfurt v. 8.4.1997 – 2/18 O 475/95, n. rkr. = WPK-Mitt. 97, 236	98, 72
BGH v. 19.11.1997 – VIII ZB 33/97	98, 166	LG Hamburg v. 6.3.1998 – 651 StL 27/97 = WPK-Mitt. 98, 168	98, 204
BGH v. 20.11.1997 – IX ZR 286/96	98, 34	LG Köln v. 21.4.1997 – 110 Qs 5/97 = wistra 97, 237	98, 77
BGH v. 20.11.1997 – IX ZR 62/97	98, 31		
BGH v. 24.11.1997 – AnwZ (B) 38/97	98, 29	BFH v. 16.10.1996 – II R 3/96 = BFH/NV 97, 359	98, 25
BGH v. 27.11.1997 – IX ZR 141/96	98, 63	BFH v. 21.10.1996 – VI R 4/94 = BFH/NV 97, 330	98, 24
BGH v. 1.12.1997 – II ZR 85/97	98, 165	BFH v. 12.2.1997 – X B 297/97 = BFH/NV 97, 592	98, 82
BGH v. 10.12.1997 – VI ZR 238/97	98, 82	BFH v. 28.2.1997 – VI R 119/95 = BFH/NV 97, 595	98, 77
BGH v. 11.12.1997 – IX ZR 278/96	98, 146	BFH v. 4.6.1997 – IV R 79/96 = BFH/NV 98, 2	98, 205
BGH v. 15.12.1997 – Stb St (R) 5/97 = WPK-Mitt. 98, 164	98, 184	BFH v. 18.6.1997 – III R 84/96	98, 2
BGH v. 16.12.1997 – VI ZR 279/96	98, 143	BFH v. 25.6.1997 – VIII B 35/96 = BFH/NV 98, 8	98, 153
BGH v. 17.12.1997 – VIII ZR 235/96	98, 107	BFH v. 14.7.1997 – V B 19/97 = BFH/NV 98, 48	98, 106
BGH v. 18.12.1997 – IX ZR 180/96	98, 86	BFH v. 16.7.1997 – III R 266/94	98, 153
BGH v. 13.1.1998 – VIII ZB 48/97 = NJW 98, 1155 = WM 98, 735	98, 114	BFH v. 29.7.1997 – IX R 20/96 = WPK-Mitt. 98, 171	98, 205
BGH v. 11.2.1998 – VIII ZB 50/97	98, 163	BFH v. 29.7.1997 – VII B 127/97 = BFH/NV 98, 64	98, 106
BGH v. 12.2.1998 – IX ZR 190/97 = NJW-RR 98, 742 = WM 98, 786	98, 83	BFH v. 14.8.1997 – III B 58/97	98, 154
BGH v. 10.3.1998 – X ZB 31/97 = NJW 98, 1959 = WM 98, 1305 = BB 98, 1232	98, 142	BFH v. 30.9.1997 – IX R 80/94	98, 2
BGH v. 19.3.1998 – IX ZR 242/97 = WM 98, 921 = BB 98, 1026	98, 138	BFH v. 24.10.1997 – VI R 23/94	98, 23
BGH v. 2.4.1998 – IX ZR 107/97	98, 133	BFH v. 8.1.1998 – V R 32/97	98, 178
BGH v. 21.4.1998 – VI ZB 8/98	98, 161		
BGH v. 30.4.1998 – VII ZB 5/97	98, 191	Sächsisches FG v. 23.2.1995 – 2 K 48/95 = EFG 97, 761; Revision: BFH – III R 58/95	98, 77
BGH v. 30.4.1998 – IX ZR 150/97 = WM 98, 1275	98, 132	OFD Hannover v. 31.7.1997 – S 0190 – 6-StO 321/b 0190 – 68-StH 551	98, 102
BGH v. 16.6.1998 – XI ZR 254/97	98, 178		
KG v. 16.9.1997 – 6 U 7835/95, rkr.	98, 194		
OLG Düsseldorf v. 14.4.1994 – 13 U 105/93	98, 48		
OLG Düsseldorf v. 8.2.1996 – 13 U 255/95	98, 46		

Notarhaftung • Notarvertreter •  
Auslandsbeurkundung (BGH);  
Grenzen der Werbung durch  
Steuerberater • erlaubte Selbst-  
darstellung • unerlaubter Wett-  
bewerb (BGH);  
Fristenkontrolle • Verschulden  
des RA, Aktenvorlage (BGH);  
Steuerberaterhaftung • Schaden  
• Erwerb einer Eigentums-  
wohnung • Vor- und Nachteile  
(OLG Düsseldorf);

Berichtigung rechtskräftiger  
Steuerbescheide • Mandanten-  
verschulden • Vollständigkeits-  
prüfung • Disagio (Hess. FG);  
Steuerberaterhaftung • Barein-  
lagepflicht • Geschäftsführer-  
bestätigung • Verschulden  
des Mandanten (LG Lüneburg);  
Verjährung des Regreß-  
anspruchs • Steuerberatung  
durch RA • Fehlvorstellung des  
Mandanten (OLG Hamm)



Im Mittelpunkt dieser Ausgabe  
finden Sie das GI-Spezial „Aktuelles  
zu Altersvorsorge und Steuern“  
mit Verwaltungsanweisungen und  
Urteilen zur Besteuerung von  
Versicherungsprämien, Versicherungs-  
leistungen und der betrieblichen  
Altersversorgung ab 1996.

Bestellungen an GI-Service  
Fax-Hotline (02 21) 144 - 5155.

## IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für  
wirtschaftsprüfende, rechts-  
und steuerberatende Berufe  
ISSN 1430-550 X

**Herausgeber:**  
Gerling  
Unternehmenskommunikation  
50597 Köln  
Telefon: (02 21) 1 44-72 98  
Telefax: (02 21) 1 44-51 27

**Redaktion:**  
Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,  
Fachanwalt für Steuerrecht  
(verantwortlich für den Inhalt)

**Erscheinungsweise:**  
12 mal im Jahr, jeweils am  
10. des Monats

**Verlag:**  
Verlag Dr. Otto Schmidt KG,  
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

**Layout und Satz:**  
Type Connection,  
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

**Druck:**  
Westholsteinische Verlagsdruckerei  
Boyens & Co.,  
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

**Bezugsmöglichkeiten:**  
Nur im Jahresabonnement.  
Preis: DM 96,- jährlich inklusive  
Mehrwertsteuer und Versandkosten.  
Die Postgebühren sind jeweils ein-  
geschlossen. Bestellungen nimmt  
der Herausgeber entgegen.

**Nachdruck:**  
Nur mit vorheriger schriftlicher  
Zustimmung.